

---

## I N L A N D

---

<b>Auch Österreichs Orden solidarisch mit Menschen in Ukraine</b>	<b>2</b>
Erzabt Birnbacher und Sr. Rod rufen zu Hilfe und Gebet auf	
<b>Synodaler Prozess: Bischöfe und Frauenvertreterinnen im Dialog</b>	<b>2</b>
Bischöfe Krautwaschl und Marketz trafen Frauen in kirchlichen Führungspositionen	
<b>Zahlreiche Frauen in kirchlichen Leitungspositionen</b>	<b>3</b>
Innerhalb sieben Jahre soll dieser Anteil laut Bischofskonferenz noch deutlich erhöht werden	
<b>Ökumene: "Weltgebetstag der Frauen" im Zeichen der Hoffnung</b>	<b>4</b>
Bei Gottesdiensten am 4. März wird in Österreich und weltweit für Hilfsprojekte für Frauen und Kinder gesammelt - Hilfe aus Österreich geht u.a. nach Albanien, Kamerun und bleibt auch im Land	
<b>Nationalrat fixiert Regelfinanzierung des Hospiz- und Palliativwesens</b>	<b>5</b>
<b>Pinz wehrt sich gegen Pauschalangriffe gegen Religionslehrkräfte</b>	<b>6</b>
<b>Erzdiözese Wien erteilt deutschem Priester Betätigungsverbot</b>	<b>7</b>
<b>Pannonhalmer Abt Varszegi erhält Kurt-Schubert-Gedächtnispreis</b>	<b>7</b>
<b>Barmherzige Brüder erhalten von Gewessler EMAS-Zertifikate</b>	<b>9</b>
<b>Republik und Grabesritter trauern um Botschafter Ortner</b>	<b>10</b>
<b>P. Christoph Lentz neuer Provinzial der Pallottiner</b>	<b>10</b>
<b>Stift Klosterneuburg unterstützt Caritas-Arbeit mit Sonderspende</b>	<b>11</b>
<b>Caritas Socialis zählt zu beliebtesten Arbeitgebern Österreichs</b>	<b>12</b>
<b>Wien: Requiem für Helmut Jonas in der Augustinerkirche</b>	<b>12</b>
<b>Jesuiten gründen Thinktank für sozial-ökologische Transformation</b>	<b>13</b>

---

## A U S L A N D

---

<b>Malteser und Salesianer versorgen Flüchtlinge in der Ukraine</b>	<b>13</b>
Erste Hilfslieferungen gelangten in Westukraine - Kinderheim der Salesianer in Lemberg evakuiert	
<b>Vatikan will Erbe von Ordensgemeinschaften sichten und bewahren</b>	<b>15</b>
<b>Papst stärkt einzelne Kompetenzen von Kirchenoberen vor Ort</b>	<b>16</b>
<b>Vatikan-Konferenz zu Priestern beendet: Alle Getauften fordern</b>	<b>17</b>
<b>Malteserorden legt Papst Reformvorschläge vor</b>	<b>18</b>
<b>Papst-Erlass zur "Alten Messe" gilt nicht für Petrusbruderschaft</b>	<b>18</b>
<b>Caritas-Projektleiterin in Kiew: "Wie ein schlimmer Traum"</b>	<b>14</b>
<b>Kardinalsversammlung zur Heiligsprechung von Nazigegner Brandsma</b>	<b>19</b>
<b>Kardinal Hollerich zu Ad-limina-Besuch beim Papst</b>	<b>20</b>
<b>Mertes: Kirchliche Missbrauchsaufarbeitung im Ansatz falsch</b>	<b>20</b>
<b>Oberstes bayerisches Gericht bestätigt Kirchenasyl-Freispruch</b>	<b>21</b>
<b>Tschechien: Bischof Lobkowicz im 75. Lebensjahr gestorben</b>	<b>21</b>
<b>Anklage gegen El Salvadors Expräsidenten wegen Jesuiten-Massaker</b>	<b>22</b>
<b>USA: Haitianisch-stämmiger Priester wird Bischof von Charleston</b>	<b>23</b>
<b>Bekanntes Jesuitenzeitung widmet Regisseur Pasolini Sonderausgabe</b>	<b>23</b>

---

## I N L A N D

---

### Auch Österreichs Orden solidarisch mit Menschen in Ukraine

#### Erzabt Birnbacher und Sr. Rod rufen zu Hilfe und Gebet auf

Wien (KAP) Sorge um den Frieden in Europa und Solidarität mit der Bevölkerung in der Ukraine hat am 24. Februar auch die Österreichische Ordenskonzferenz geäußert. Hilfe, Unterstützung und Solidarität mit den vom russischen Einmarsch Betroffenen stünden jetzt an oberster Stelle, versicherte deren Vorsitzender, Erzabt Korbinian Birnbacher. Seit Jahrzehnten sei ein Krieg in Europa "nicht so nahegekommen wie jetzt mit dem Angriff Putins". Jetzt gelte es hinzusehen, statt wegzusehen, rief der Ordensvertreter zur Hilfe auf.

Auch Christine Rod, Generalsekretärin der Österreichischen Ordenskonzferenz, betonte: "Unsere Nachbarn, unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine brauchen jetzt unser Mitgefühl und unsere Unterstützung." Die gescheiter-

ten diplomatischen Beziehungen hätten nun zu großem Leid in der Zivilbevölkerung geführt. Für die Ordensgemeinschaften gelte: "Krieg und Zerstörung kann und darf nie die Lösung sein." Die Ordensleute in Österreich "beten für die Menschen in der Ukraine, für ihre Freiheit und den Frieden", so Sr. Rod.

Die Österreichische Ordenskonzferenz folgt damit dem Aufruf von Papst Franziskus zum Gebet für den Frieden am Aschermittwoch. "Zahlreiche Ordensfrauen und -männer leben, helfen und wirken in der Ukraine oder in den angrenzenden Nachbarländern, wo nun der Krieg vor der Haustüre steht", sagte Erzabt Birnbacher. "Wir beten für sie, für den Frieden und ihre Freiheit."

### Synodaler Prozess: Bischöfe und Frauenvertreterinnen im Dialog

#### Bischöfe Krautwaschl und Marketz mit Frauen in kirchlichen Führungspositionen zum Austausch zusammengetroffen

Wien (KAP) Im Juni 2021 haben sich die österreichischen Bischöfe mit Frauen in kirchlichen Leitungspositionen in Mariazell zu einem ausführlichen Gespräch getroffen. Dieser Tage fand nun - im Sinne des weltweiten synodalen Prozesses - ein Folgetreffen in Wien statt. An der Begegnung nahmen die Bischöfe Wilhelm Krautwaschl und Josef Marketz, Abt Vinzenz Wohlwend sowie Angelika Ritter-Grepl (Vorsitzende Katholische Frauenbewegung Österreichs), Gabriele Eder-Cakl (Pastoralamtsleiterin Diözese Linz), Petra Gstöttner-Hofer (Vorstand Pastorkommission und Plattform der Frauenkommissionen Österreichs) sowie Sr. Sonja Dolesch (Frauenorden Österreichs) teil.

Dabei machten die Frauen den Vertretern der Bischofskonferenz u.a. Vorschläge zur Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft und Kirche. Weiters legten sie den Bischöfen die aktuellen Ergebnisse des Synodalen Weges der deutschen Kirche zu Frauendiakoniat und Frauen im sakramentalen Amt ans Herz. In

Deutschland wird diskutiert, ob die Bischöfe vom Papst eine Erlaubnis für das Diakoninnenamt beantragen sollen.

"Es ist wichtig, dass wir als Bischöfe mit Frauen reden und nicht über sie", brachte Bischof Josef Marketz den Konsens zum Ausdruck, dass der Dialog weiter gepflegt werden und regelmäßig stattfinden soll. Die Erfahrung zeige, dass Gespräche in gemischten Teams viel schneller wesentliche Glaubensfragen sowie spirituelle und lebensrelevante Themen beinhalten. Es wurde auch darüber diskutiert, wie Frauen und deren Anliegen regelmäßig in die Bischofskonferenz einbezogen werden sollen.

Sr. Sonja Dolesch schilderte ihre Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Männer- und Frauenorden: "Die Zusammenführung der Superiorenkonferenz der Männerorden und der Vereinigung der Frauenorden Österreichs ist ein Beispiel eines gelungenen Lernprozesses. Vor vielen Jahren haben wir uns auf ein Miteinander auf Augenhöhe eingelassen, es ist inzwischen

gewachsen und in der gemeinsamen Ordenskonferenz selbstverständlich geworden. Es war ein langer Weg, der sich gelohnt hat und herausfordernd bleibt."

### **Glaubwürdige Kirche**

Übereinstimmend wurde festgehalten, dass es viele unterschiedliche Lebenswelten und Lebensformen in der heutigen Gesellschaft gibt. Diese wirklich ernst zu nehmen, trage wesentlich zur Glaubwürdigkeit der Kirche bei. Dazu gehöre

auch, dass Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche gelebt wird. Im österreichischen synodalen Prozess sei das Thema Geschlechtergerechtigkeit ein dringliches und vorherrschendes, so die Erfahrung der Dialoggruppe.

Am Ende des Gesprächs wurde vereinbart, dass der Austausch weitergehen soll. Die Themen werden in den österreichischen synodalen Prozess und in der Folge in die Bischofssynode 2023 im Vatikan eingebracht.

## **Zahlreiche Frauen in kirchlichen Leitungspositionen**

**Schon jetzt gibt es nicht wenige Frauen mit Führungsaufgaben im kirchlichen Bereich - In den kommenden sieben Jahren soll laut Beschluss der Bischofskonferenz dieser Anteil noch deutlich erhöht werden**

Wien (KAP) In den österreichischen Diözesen soll der Anteil von Frauen in kirchlichen Leitungspositionen weiter angehoben werden. Einen entsprechenden Beschluss hat die Österreichische Bischofskonferenz bei ihrer letzten Vollversammlung im Herbst 2021 gefasst. Freilich gibt es auch jetzt schon zahlreiche Frauen in hohen kirchlichen Führungspositionen. Ein Überblick (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Stark vertreten sind die Frauen im Bildungsbereich: Die Wiener Schulamtsleiterin Andrea Pinz steht zugleich auch dem Interdiözesanen Schulamt (IDA) vor. Frauen an der Spitze der diözesanen Schulämter gibt es neben Wien auch in den Diözesen Feldkirch (Annamaria Ferchl-Blum), Innsbruck (Maria Plankensteiner-Spiegel) und Eisenstadt (Andrea Berger-Gruber).

Die Kirchliche Pädagogische Hochschule Edith Stein mit Standorten in Feldkirch, Innsbruck, Sams und Salzburg, wird von Rektorin Petra Maria Steinmair-Pösel geleitet. Rektorin Andrea Seel leitet die Private Pädagogische Hochschule Augustinum in Graz. Dazu kommen eine Reihe von Vizerektorinnen an den kirchlichen pädagogischen Hochschulen in Österreich.

Das Pastoralamt der Erzdiözese Salzburg wird von Lucia Greiner geleitet. Sie ist zudem auch Geschäftsführende Leiterin der Arbeitsgemeinschaft österreichischer Pastoralämter. An der Spitze des Pastoralamtes der Diözese Linz steht Gabriele Eder-Cakl, das Pastoralamt in Klagenfurt wird von Elisabeth Schneider-Brandauer geleitet. In der Erzdiözese Salzburg gibt es mit

Elisabeth Kandler-Mayr die einzige Ordinariatskanzlerin in Österreich.

Auch die Caritas setzt auf die Leitungskompetenzen von Frauen. So gehört mit Caritas-Generalsekretärin Anna Parr eine Frau zur Caritas-Spitze auf Österreich-Ebene. In den Diözesen gibt es zudem mit Melanie Balaskovic (Diözese Eisenstadt) und Elisabeth Rathgeb (Diözese Innsbruck) zwei Caritas-Direktorinnen.

Auch im Bereich Kommunikation und Medien sind Frauen in Leitungspositionen tätig: Chefredakteurinnen leiten die Kirchenzeitungen der Diözesen Wien (Sophie Lauringer), St. Pölten (Sonja Planitzer) und Salzburg (Ingrid Burgstaller). Auch die Kooperationsredaktion der Kirchenzeitungen ist mit Monika Slouk als Chefredakteurin in weiblicher Hand. Kommunikationschefin der Diözese Innsbruck ist Fiona Zährer, in der Diözese Eisenstadt zeichnet Caritasdirektorin Melanie Balaskovic auch für die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. In St. Pölten fungiert Katharina Brandner als Diözesansprecherin, Veronika Fehle leitet die Kommunikation der Diözese Feldkirch.

Auch die Österreichische Ordenskonferenz setzt auf Führungskompetenzen von Frauen: Als Generalsekretärin fungiert Sr. Christine Rod.

Erzbischof Franz Lackner, der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, erläuterte vor Kurzem gegenüber Kathpress, dass der Anteil von Frauen mit Leitungsverantwortung in Dienststellen, Gremien und Arbeitsgruppen der Diözesen in sieben Jahren zumindest auf

ein Drittel erhöht werden soll. Die Stärkung von Frauen soll künftig auch ein "fixes Thema bei Weiterbildungsangeboten für das kirchliche Leitungspersonal" sein. Jede Diözese setzt dabei für sich entsprechende Maßnahmen.

*Aus Anlass des "Weltgebetstages der Frauen" (WGT, 4. März) und des Internationalen Weltfrauentages (8. März) hat Kathpress ein Themenpaket publiziert, das unter [www.kathpress.at/wgt-frauen](http://www.kathpress.at/wgt-frauen) abrufbar ist.*

## Ökumene: "Weltgebetstag der Frauen" im Zeichen der Hoffnung

**Bei Gottesdiensten am 4. März wird in Österreich und weltweit für Hilfsprojekte für Frauen und Kinder gesammelt - Hilfe aus Österreich geht u.a. nach Albanien, Kamerun und bleibt im Land**

Wien (KAP) Am Freitag, 4. März, werden Frauen und Männer verschiedenster Kirchen in ganz Österreich und weltweit ökumenische Gottesdienste zum "Weltgebetstag der Frauen" (WGT) feiern. Der Weltgebetstag steht heuer unter dem Motto: "Zukunftsplan Hoffnung". Bei den Gottesdiensten werden Spenden für Hilfsprojekte in aller Welt gesammelt. Der Weltgebetstag ist die weltweit größte und älteste ökumenische Basis-Bewegung christlicher Frauen. Er wird immer am ersten Freitag im März in rund 170 Ländern der Erde begangen.

In Österreich wird der WGT heuer zum 70. Mal begangen. Vorbereitet und durchgeführt wird er vom "Ökumenischen Nationalkomitee Österreich". Das Komitee sorgt auch für die Abwicklung der Hilfsprojekte.

Durch die weltweite Förderung von Projekten für Frauen und Mädchen werde mit der Kollekte ein sichtbares Zeichen der Solidarität und des Teilens gesetzt, so das Komitee in einer Aussendung. Die Liturgie zum Weltgebetstag wird jedes Jahr von Frauen aus einem anderen Land vorbereitet. Heuer sind es Frauen aus England, Wales und Nordirland.

2022 will der Weltgebetstag u.a. ein Hilfsprojekt in Albanien für Frauen unterstützen, die Opfer häuslicher Gewalt wurden. Gewalt gegen Frauen und Mädchen sei in Albanien immer noch weit verbreitet, heißt es auf der Website des Weltgebetstags. Eine Studie aus dem Jahr 2018 zeige, dass fast 53 Prozent der Frauen im Alter von 18 bis 74 Jahren mindestens einmal während ihres Lebens Gewalt erleben.

Projektpartner des WGT ist das Human Rights in Democracy Centre (HRDC), eine nicht-staatliche Organisation, die sich für die Achtung, den Schutz und die Erfüllung der Menschenrechte in Albanien einsetzt. Mit vielfältigen Programmen bekämpft die Organisation Gewalt gegen Frauen, stärkt die Fähigkeit von Frauen, sich

in der Zivilgesellschaft zu engagieren, fördert einen Gender-Ansatz im Demokratisierungsprozess und setzt sich für Gesetze zur Gleichstellung der Geschlechter ein. Besonderes Augenmerk wird auf gefährdete Gruppen gelegt, wie Roma-Frauen, Menschen mit Behinderung und Menschen am Land in informellen Siedlungen.

In Kamerun unterstützt der WGT ein Projekt der Tertiarschwestern des heiligen Franziskus. Die englischsprachige Bevölkerung in den zwei anglophonen Provinzen im Westen Kameruns macht rund 20 Prozent der hauptsächlich frankophonen Gesamtbevölkerung aus. Das Gefühl letzterer, Bürger zweiter Klasse zu sein, ist Jahrzehnte alt. Seit 2016 kommt es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen. Mehr als 3.000 Tote und rund 680.000 Menschen auf der Flucht sind nach Angaben der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR die Folge. Vom Konflikt betroffen sind vor allem Frauen, deren Männer getötet wurden sowie Waisenkinder, die durch den Konflikt beide Elternteile verloren haben und auf der Straße leben. Die Ordensfrauen unterstützen die betroffenen Frauen und die obdachlosen Waisenkinder; u.a. mit psychologischer Betreuung, Workshops zu nachhaltiger Landwirtschaft sowie zahlreichen weiteren Schul- und Bildungsmaßnahmen.

Auch in Österreich ist der WGT aktiv. "Zurale Seja - Starke Mädchen!" ist ein Projekt zur Stärkung von Roma-Mädchen in Wien. Für 12- bis 18-jährige Mädchen werden einerseits mehrtägige Aktivitäten außerhalb Wiens ("Mädchenwoche") organisiert, andererseits werden in Wien regelmäßig Veranstaltungen durchgeführt wie Diskussionsrunden, Besuche von wichtigen Einrichtungen sowie Freizeit- und Kulturaktivitäten. Projektpartner ist "Romano Centro - Verein für Roma".

Das Nationalkomitee lädt anlässlich des Jubiläums "70 Jahre Ökumenischer Weltgebets-

tag der Frauen in Österreich" am Samstag, 17. September 2022, um 15 Uhr zu einem Festgottesdienst in der Evangelischen Gustav-Adolf-Kirche (Lutherplatz 1, 1060 Wien).

(Weitere Informationen zu Projekten und Gottesdienstzeiten unter [www.weltgebetstag.at](http://www.weltgebetstag.at) Spendenkonto: Erste Bank, IBAN: AT73 2011 1822 5964 1200)

## Nationalrat fixiert Regelfinanzierung des Hospiz- und Palliativwesens

### Fast einstimmiger Beschluss eines Fonds für die Versorgung schwerkranker Menschen am Lebensende - ÖVP und Hospiz-Dachverband sprechen von "Jahrhundertgesetz"

Wien (KAP) Der österreichische Nationalrat hat am 24. Februar mit den Stimmen aller Parteien mit Ausnahme der NEOS das Gesetz beschlossen, mit dem ein Hospiz- und Palliativfonds geschaffen wird. Damit wird künftig die Regelfinanzierung für die Versorgung schwerkranker Menschen am Ende des Lebens neu geregelt durch Zweckzuschüsse vom Bund an die Länder, wobei eine Drittelfinanzierung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern geplant ist. Das Gesetz ist eine Begleitmaßnahme zu der mit zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Neuregelung der Sterbehilfe und entspricht einer langjährigen Forderung von Sozial- und Hospizeinrichtungen sowie auch der katholischen Kirche.

Der im Sozialministerium eingerichtete Fonds soll von 2022 bis 2024 mit 108 Mio. Euro dotiert sein. Die Gelder sind zweckgewidmet und können von den Ländern für mobile Palliativteams, Palliativkonsiliardienste, Hospizteams, Tageshospize und stationäre Hospize - jeweils für Kinder und Erwachsene - verwendet werden. Damit werde sichergestellt, dass schwer kranke Menschen in einer "enorm vulnerablen" Situation unabhängig von ihrer familiären Lage Unterstützung bekommen, betonte Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne). Der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung sei damit gesichert.

Seitens der ÖVP lobte Gudrun Kugler das "Jahrhundertgesetz", das eine Wirkkraft über viele Generationen haben werde. "Jeder von uns wird davon positiv betroffen sein - selbst oder als Angehörige. Wenn man weiß, dass man nicht alleine gelassen wird, kann man in Ruhe leben und getrost sein bis zuletzt", so die Abgeordnete. Viele Angebote im Bereich Hospiz, deren Finanzierung bisher auf Spenden angewiesen sind, bekämen nun eine sichere Basis und könnten im zweiten Schritt auch ausgebaut werden. Auch für die vielen in ehrenamtlichen Hospizdienst Tätigen könne nun gute Ausbildung und Koordination gewährleistet werden. Langfristig wirksam sei das

Gesetz zudem durch die vereinbarte automatische Wertanpassung der Leistungen.

Mit ähnlichen Worten sprach in ihrer Reaktion die Präsidentin des Dachverbandes Hospiz Österreich, Waltraud Klasnic, von einem "Jahrhundertgesetz, von dem die Menschen auch in 40 und 60 Jahren noch profitieren werden". Ein großer Schritt sei dazu gelungen, dass Hospiz- und Palliativversorgung "für alle Menschen, die sie brauchen, Erwachsene wie Kinder, erreichbar, leistbar und in guter Qualität verfügbar ist". Schwerkranke und Sterbenden werde Trost und Hoffnung vermittelt und die Menschen bekämen als Betroffene wie auch Angehörige mehr Sicherheit. Der Staat übernehme mit dem Gesetz Verantwortung dafür, dass allen in Österreich lebenden Menschen "Lebensqualität bis zuletzt und ein Sterben in Würde, Autonomie und weitgehender Schmerzfreiheit zuteilwerden kann".

Als besonders erfreulich nannte die frühere steirische Landeshauptfrau, dass das Gesetz sehr umfassend ausgestaltet sei. Auch die Qualitätssicherung sowie die Aus-, Fort und Weiterbildung von haupt- und ehrenamtlich tätigen Personen seien gesichert. Die multiprofessionellen Teams erhielten die Möglichkeit, gute Begleitung und Betreuung anzubieten. Damit die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben gelinge, sei nun eine "verantwortliche Entscheidung der Bundesländer in Kooperation mit den landeskoordinierenden Hospiz- und Palliativorganisationen" wichtig, sagte Klasnic.

Der Dachverband Hospiz Österreich hatte gemeinsam mit dem Hospiz- und Palliativforum jahrzehntelang für das Gesetz gekämpft, angefangen mit Klasnics Vorgängerin, der Hospizbewegungs-Gründerin Sr. Hildegard Teuschl (1937-2009). Dachverbands-Geschäftsführerin Leena Peltari bezeichnete die Entscheidung des Parlaments als verantwortungsvoll und weitreichend. Dafür "Danke zu sagen und diese zu würdigen" sei es nun an der Zeit.

## Pinz wehrt sich gegen Pauschalangriffe gegen Religionslehrkräfte

**Schulamtsleiterin kontert "Falter"-Kommentar, wonach sich Religionslehrer überproportional häufig sexueller Übergriffe schuldig machen – Auch Ordens-Sprecher kritisiert „Rundumschlag“**

Wien (KAP) Die Schulamtsleiterin der Erzdiözese Wien, Andrea Pinz, wehrt sich gegen "Pauschalangriffe gegen Religionslehrkräfte" in der Wiener Stadtzeitung "Falter". Die Behauptung von Kommentator Peter Michael Lingens, es sei "verantwortungslos, Kinder der besonderen Nähe und Autorität von Religionslehrern auszuliefern, die sich überproportional häufig sexueller Übergriffe schuldig machen" ("Falter" 5/22) stelle "eine ganze Berufsgruppe - unreflektiert oder beabsichtigt - unter Generalverdacht" und sei unsachlich und empirisch unhaltbar, schrieb Pinz in einem Leserbrief. Es gebe keinerlei Anhaltspunkte für die These, "dass ein Religionslehrer oder eine katholische Schule ein größeres Risiko darstellt als andere Lehrkräfte bzw. Bildungseinrichtungen".

Der vor dem Hintergrund des Münchner Missbrauchsgutachtens über Übergriffe im kirchlichen Umfeld formulierte Polemik Lingens' begegnete die Schulamtsleiterin mit dem Hinweis auf ein in den letzten Jahrzehnten entwickeltes neues Problembewusstsein in Bezug auf Missbrauch. Es seien Standards für Aufarbeitung und Prävention erstellt worden, gerade auch in der "besonders im Rampenlicht" stehenden katholischen Kirche. Pinz erwähnte hier die Einrichtung der "Klasnic-Kommission" (Opferschutzanwaltschaft), unabhängiger Ombudsstellen und ein "strenges, verbindliches Regelwerk, zu dem sich sämtliche Mitarbeitenden verpflichten müssen". Peter Michael Lingens dagegen begründe sein Plädoyer für das Entfernen der Religionen aus dem Schulwesen ("Zeit, Schule und Kirche zu trennen") mit Missständen der Vergangenheit.

Religion im öffentlichen Raum Schule ist nach den Worten von Pinz gekennzeichnet durch die gemeinsame Verantwortung von Staat und Glaubensgemeinschaften für pädagogische und inhaltliche Qualitätsstandards. Man könne zwar - wie Lingens - fordern, die staatliche Förderung

konfessioneller Privatschulen und den schulischen Religionsunterricht zu überdenken. Dies hätte aber viele Nachteile, wie die oberste Schulverantwortliche der Erzdiözese Wien ausführte: Konfessionelle Privatschulen, für die die öffentliche Hand ja nur die Personalkosten trägt, seien für den Staat "durchaus budgetschonend".

Neben dem Geld gebe es auch inhaltliche gute Gründe für die Beibehaltung des Status quo: Religionsunterricht bedeute vernunftgemäße Auseinandersetzung mit der eigenen Tradition sowie anderen Werthaltungen und ideologischen Entwürfen, betonte Pinz. "Das fördert Dialog, gesellschaftliche Solidarität und wirkt Fundamentalismen entgegen." Die religiöse Reifung junger Menschen sollte von der Gesellschaft ernst genommen und mitverantwortet werden, sonst drohe "eine unkontrollierte Absonderung in hermetische Insiderzirkel".

### **"Rundumschlag" statt konstruktive Kritik**

Das Pauschalurteil gegen die katholische Kirche als eine Organisation, "die schwersten Verbrechen an Kindern Vorschub leistet", hatte schon in der "Falter"-Ausgabe davor (6/22) Clemens Paulovics, den Bereichsleiter für Bildung und Ordenschulen in Österreich, zu einer Replik in Leserbriefform veranlasst. Lingens gehe es offenbar nicht um konstruktive Kritik, "sondern um einen Rundumschlag gegen Kirche, Religionsunterricht und katholische Schulen".

Paulovics wies darauf hin, dass alle Religionslehrkräfte - nur zwei Prozent davon seien Priester - nach staatlichen Standards professionell ausgebildet sind. Das schätzten auch Eltern und Schüler: Jeder 15. Schüler in Österreich besucht laut dem Ordensverantwortlichen eine katholische Privatschule. Und 15.000 Schüler ohne religiöses Bekenntnis besuchen den Religionsunterricht freiwillig.

## Erzdiözese Wien erteilt deutschem Priester Betätigungsverbot

**Gegen Priester der Erzdiözese Köln läuft kirchenrechtliches Verfahren wegen Missbrauchsvorwürfen - Wiener Diözesansprecher Prüller: Vorsichtsmaßnahme bis zur Klärung der Vorwürfe**

Wien (KAP) Die Erzdiözese Wien hat einem deutschen Priester D. (60), gegen den in seiner Heimat ein kirchenrechtliches Verfahren wegen Missbrauchsvorwürfen läuft und der in Wien Gottesdienste zelebriert hat, ein Betätigungsverbot für ihr Gebiet erteilt. Der Aufenthalt in Österreich, der Einsatz durch die Ordensgemeinschaft wie auch das laufende Verfahren in Köln seien der Erzdiözese Wien bislang nicht bekannt gewesen, teilte Diözesansprecher Michael Prüller in einer Stellungnahme gegenüber Kathpress mit. Bei dem jetzt ausgesprochenem Verbot handle es sich entsprechend der Rahmenordnung der Österreichischen Bischofskonferenz "nicht um eine Vorverurteilung, sondern eine Vorsichtsmaßnahme, die bis zu einer Klärung der Vorwürfe gilt."

Wie deutsche Medien berichteten, läuft gegen den Priester in seiner Heimatdiözese Köln ein kirchliches Verfahren wegen des Vorwurfs des Missbrauchs Jugendlicher. Im Raum steht, dass er zumindest gemeinsam Pornos angeschaut und eine Sauna besucht haben soll. Die Erzdiözese Köln hat in der Causa auch Anzeige bei der Polizei erstattet, doch wurde das staatliche Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Weiters gebe es einen schon weiter zurückliegenden

Vorwurf aus dem Jahr 2001, der aber kirchenrechtlich korrekt abgehandelt ist, wie aus dem im Vorjahr veröffentlichten Gutachten der Kanzlei Gercke-Wollschläger hervorgeht. In Köln wurde D. als Pfarrer entpflichtet, ihm wurde zudem für die Dauer des kirchenrechtlichen Verfahrens ein Zelebrationsverbot auf dem Gebiet seiner ehemaligen Pfarre auferlegt, aber kein generelles Zelebrationsverbot.

Dem Anschein nach wohne D. immer wieder bei einer Bekannten in Wien, worüber die Wiener Erzdiözese laut ihrem Sprecher nicht informiert war, zumal keine Meldepflicht existiert für Priester, die sich vorübergehend in einer anderen Diözese aufhalten. Dem Deutschen Orden, mit dem D. als Familiare auch verbunden ist, sei dieser Aufenthalt des Geistlichen wie auch der kirchenrechtlich abgeschlossene Fall zum Vorwurf aus 2001 bekannt gewesen, nicht jedoch das aktuell in Köln laufende Verfahren wegen neuerer Vorwürfe. Der Kirchenrektor der Wiener Deutschordenskirche habe D., der eine entsprechende Erlaubnis seiner Heimatdiözese Köln vorweisen konnte, bislang die Feier von Gottesdiensten gestattet. Weitere Aufgaben habe der Orden D. nicht übertragen, hieß es.

## Pannonhalmer Abt Varszegi erhält Kurt-Schubert-Gedächtnispreis

**Preisverleihung am 3. März in Eisenstadt - Varszegi ist Pionier des interreligiösen Dialogs und der Ökumene in Ungarn**

Eisenstadt (KAP) Der emeritierte Erzabt der ungarischen Benediktinerabtei Pannonhalma, Bischof Asztrik Varszegi, erhält den Kurt-Schubert-Gedächtnispreis für interreligiöse Verständigung. Die Preisverleihung findet am 3. März um 17 Uhr im Martinssaal beim Eisenstädter Dom statt, wie die Diözese Eisenstadt in einer Aussendung mitteilte. Der Preis wird vom "Forum für Weltreligionen" verliehen.

Bischof Varszegi erhält die Auszeichnung für seinen "unermüdlichen Einsatz für die Ökumene, für den interreligiösen Dialog, für die Wertgemeinschaft des Friedens und der Freiheit Europas und besonders für die Freundschaft mit dem Nachbarland Österreich", teilte das Forum

mit. Das "Forum für Weltreligionen" hat den Preis 2010 ins Leben gerufen. Er wird heuer zum achten Mal vergeben.

Die Festakademie am 3. März wird mit Grußworten von Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil eröffnet. Beide haben auch den Ehrenschatz über die Veranstaltung übernommen. Weiters werden Johannes Reiss, Direktor des Österreichischen Jüdischen Museums Eisenstadt, und Petrus Bsteh vom Forum für Weltreligionen einleitende Worte sprechen. Die musikalische Gestaltung des Abends hat das Joseph Haydn Konservatorium Eisenstadt inne.

Der Preis wird in Erinnerung an den verstorbenen Pionier der Wiener Judaistik, Kurt Schubert (1923-2007), verliehen. Er zeichnet akademische wie gesellschaftliche Beiträge zu vertieften interreligiösen Beziehungen aus.

### **Vielfacher Vorreiter in Ungarn**

Asztrik Varszegi, geboren am 26. Jänner 1946 in Sopron, ist einer der bekanntesten ungarischen Kirchenmänner und auch Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich. Zwischen 1991 und 2018 leitete er mit dem Kloster Pannonhalma die bedeutendste Abtei Ungarns. Zuvor war er während der politischen Wendejahre Weihbischof in der Erzdiözese Esztergom und Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz.

Varszegi trat als 18-jähriger in den Benediktinerorden ein und legte schon bald die Ewige Profess ab. Er studierte Theologie, absolvierte den Militärdienst und wurde 1971 zum Priester geweiht. Danach schloss er in Budapest ein Pädagogik- und Lehramtsstudium für Geschichte und Deutsch ab, später promovierte er in Geschichtswissenschaften und Philosophie. Von 1975 bis 1988 unterrichtete er am Stiftsgymnasium und an den Ordenshochschulen in Győr und Pannonhalma. Außerdem war er Novizenmeister.

Zu Weihnachten 1988 ernannte Papst Johannes Paul II. (1978-2005) den damals 42-jährigen Benediktiner zum Weihbischof für die Erzdiözese Esztergom. Die Bischofsweihe spendete Kardinal Laszlo Paskai im Februar 1989. Zwischen 1990 und 1993 folgten drei Jahre in Budapest als Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz (MKPK) und Regens im Zentralpriesterseminar.

Varszegi trat nach dem Sturz des Kommunismus 1989/90 für eine von der Staatsmacht unabhängige Kirche ein. Er versuchte die kirchlichen Einrichtungen offener und dynamischer zu gestalten. In der ungarischen Kirche freilich blieb Varszegi mit vielen seiner Vorstellungen allein. Er kehrte nach Pannonhalma zurück, wo er 1991

zum Erzabt der Benediktinerabtei auf dem St. Martinsberg gewählt wurde.

### **Neuer Glanz für Pannonhalma**

Die seit mehr als 1.000 Jahren bestehende und nach dem Heiligen Martin von Tours (316-397) benannte Abtei ist neben der Domstadt Esztergom das wichtigste spirituelle Zentrum Ungarns. Das Kloster ist Träger eines Gymnasiums sowie eines Seniorenheims für pflegebedürftige Geistliche. Zum Kloster gehören auch mehrere Wirtschafts- und Produktionsstätten. Mit etwa 300.000 Bänden, darunter wertvolle Handschriften und alte Drucke, beherbergt die Abtei zudem eine der größten Benediktinerbibliotheken der Welt.

Varszegi sorgte in den rund drei Jahrzehnten seiner Amtszeit als Erzabt für den Erhalt und die Erneuerung der spirituellen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Fundamente von Pannonhalma. Seit 1996 zählt die Abtei zum Weltkulturerbe. 2012 wurde die Martinsbasilika nach umfassender Renovierung wiedereröffnet.

### **Päpste und Patriarchen zu Gast**

Varszegi ist auch ein Pionier des christlich-jüdischen Dialogs in seinem Heimatland. Er stieß u.a. mit einer Konferenz in Pannonhalma die Auseinandersetzung mit der Verfolgung der ungarischen Juden im Holocaust an. In kommunistischer Zeit hatte das Problem Antijudaismus offiziell nicht existiert.

Auch in der Ökumene bemühte sich Varszegi, Kontakte im Geiste der Versöhnung und des gegenseitigen Verständnisses zu ermöglichen. Als Erzabt konnte er im Lauf der Jahre mehrere Kirchenoberhäupter in Pannonhalma begrüßen, unter ihnen Papst Johannes Paul II. (1978-2005), der orthodoxe Ökumenische Patriarch Bartholomaios I., der Moskauer Patriarch Aleksij II. (1990-2008) und Kopten-Papst Schenuda III. (1971-2012).

Politisch sprach sich Varszegi in den vergangenen Jahren in der Migrationsdebatte mehrfach gegen Hassparolen aus und plädierte für die überlegte Aufnahme von Flüchtlingen.



## Barmherzige Brüder erhalten von Gewessler EMAS-Zertifikate

**Umweltschutz-Auszeichnung für alle österreichischen Standorte des Gesundheitsdiensteanbieters - Gewessler: Orden ist "Vorreiter in der Gesundheitsbranche"**

Wien (KAP) Die Einrichtungen der Barmherzigen Brüder sind ab sofort "EMAS"-zertifiziert. Entsprechende Zertifikate für Umweltschutzmaßnahmen wurden durch Bundesministerin Leonore Gewessler (Grüne) in Wien an Vertreter aller Einrichtungen überreicht. Der Krankenhausbetreiber habe somit als erster Gesundheitsdiensteanbieter Österreichs alle seine Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen sowie eine Kureinrichtung nach dem europäischen Umweltmanagementsystem EMAS zertifiziert, wie die Barmherzigen Brüder in einer Aussendung mitteilten.

Die Umwelt- und Klimaschutzministerin unterstrich bei der Verleihung das Engagement der Barmherzigen Brüder im Umweltbereich. "Eine klimafreundliche Zukunft zu schaffen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Mit der Umweltmanagement-Zertifizierung EMAS zeichnen wir herausragende Leistungen von Unternehmen aus, die Klimaschutz und Umweltschutz in ihrem Tun und Wirtschaften verankern." Die Barmherzigen Brüder seien mit ihren umfassenden Umweltschutzmaßnahmen "Vorreiter in der Gesundheitsbranche", würdigte Gewessler das Wirken des Ordenskrankenhauses.

Bereits 2016 hatten die Barmherzigen Brüder Österreich vor dem Hintergrund steigender Energiekosten und knapper werdender Ressourcen begonnen, ein Umweltmanagementsystem einzuführen. "Für das EU-Gütesiegel EMAS haben wir uns ganz bewusst entschieden", erläuterte Adolf Inzinger, Gesamtleiter der Österreichischen Ordensprovinz der Barmherzigen Brüder. Denn es stelle sehr hohe Anforderungen in Hinblick auf den Umweltschutz an die teilnehmenden Unternehmen und ermögliche eine höchstmögliche Qualität der Umweltschutzmaßnahmen.

### **"Teil unserer Schöpfungsverantwortung"**

"Die Werte des Ordens - Hospitalität, Verantwortung, Qualität, Respekt und Spiritualität - sind selbstverständlich Teil unserer Schöpfungs-

verantwortung", erklärte Frater Saji Mullan-kuzhy, Provinzial der Österreichischen Ordensprovinz der Barmherzigen Brüder. "Aus diesem mehrdimensionalen Ansatz entsteht ein umfassendes Konzept für Umweltschutz in allen unseren Einrichtungen."

EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist ein Instrument der EU, das Unternehmen und Organisationen jeglicher Betriebsgröße und Branche unterstützt, die eigene Umweltbilanz kontinuierlich zu verbessern. Im Verlauf des Zertifizierungsprozesses werden ökologische Schwachstellen gefunden, beseitigt und so Ressourcen, Energie und letztlich auch Kosten eingespart.

Das Umweltmanagement erstreckt sich heute bei den Barmherzigen Brüder auf fast alle Bereiche der Krankenhäuser und Betreuungseinrichtungen, wie sie mitteilten. Vom Einkauf regionaler Lebensmittel über Abfalltrennkonzepete der medizinischen Abteilungen, von der Mobilität bis hin zum Einkauf von ausschließlich "grünem Strom". Aufgrund vielfältiger Maßnahmen konnte etwa der Gesamtenergieverbrauch über alle Standorte um 4,57 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 2017 gesenkt werden, obwohl zeitgleich in zahlreichen Untersuchungs- und Behandlungsräumen sowie Bettenstationen Klimaanlage installiert wurden.

In Österreich sind die Krankenhäuser in Eisenstadt, Graz, Linz, Salzburg, St. Veit/Glan, Wien sowie das Elisabethinen-Krankenhaus in Klagenfurt, das Kurhaus Schärding und die Altenbetreuungseinrichtung in Kritzensdorf sowie das Altenheim Franziskusschwester in Linz und die Lebenswelten Steiermark, eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen, nun nach den EMAS-Kriterien zertifiziert. In Zukunft sei die Implementierung der EMAS-Standards auch in den Krankenhäusern und Altenbetreuungseinrichtungen der Barmherzigen Brüder in Tschechien, der Slowakei und Ungarn geplant, hieß es vonseiten der Ordensgemeinschaft.

## Republik und Grabesritter trauern um Botschafter Ortner

**Langjähriger Präsident der Österreichischen Gesellschaft vom Heiligen Land mit 86 Jahren gestorben - Der Großoffizier der Grabesritter engagierte sich für zahlreiche kirchliche und soziale Projekte im Jerusalemer Patriarchatsgebiet - Requiem am 19. März im Stephansdom**

Wien (KAP) Die Republik und der Grabesritterorden trauern um Botschafter Gustav Ortner, den langjährigen Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft vom Heiligen Land und u.a. Vatikanbotschafter von 1997 bis 2001. Er starb am 7. Februar im 87. Lebensjahr. Die Beisetzung im privaten Kreis erfolgte am 17. Februar. Das feierliche Requiem feiert Caritas-Präsident Michael Landau am Samstag, 19. März, um 16 Uhr im Wiener Stephansdom.

Dompfarrer Toni Faber, der auch das Begräbnis gehalten hatte, sagte "Kathpress" gegenüber, Botschafter Ortner sei "in liebendem Eifer für seine Kirche und für den Staat Österreich unterwegs" gewesen. Er sei in zeremoniellen und protokollarischen Fragen ein großer Experte gewesen und habe diesbezüglich bei verschiedenen großen Anlässen im Stephansdom einen sehr wichtigen Dienst leisten können. Von seiner langjährigen Aufgabe "für das irdische Jerusalem" sei er nun "ins himmlische Jerusalem berufen" worden, so Faber.

### **Kirchlich engagierter Diplomat**

Gustav Ortner, geboren 1935 in Wien, studierte Wirtschaftswissenschaften und promovierte 1958 an der Universität Wien. Ab 1960 war er für das Außenministerium im Protokolldienst zuständig. 1962 trat er in den diplomatischen Dienst ein und wurde Attache in der österreichischen Botschaft beim Heiligen Stuhl in Rom, später Sekretär von Bundeskanzler Josef Klaus im Bundeskanzleramt. In den 1970er-Jahren war er Bot-

schaftsrat in den Botschaften in Paris und Tel Aviv. Von 1979 bis 1988 war Ortner Direktor des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in New York sowie von 1979 bis 1989 Botschafter-Stellvertreter bei der UNO, danach bis 1996 Chef des Protokolls im Außenministerium.

Von 1997 bis zu seinem Ruhestand 2001 war Ortner österreichischer Botschafter beim Heiligen Stuhl. Er war 1988 enger Mitarbeiter und Bereichsverantwortlicher beim zweiten Pastoralbesuch von Papst Johannes Paul II. in Österreich.

2001 wurde Ortner zum Großoffizier des Ritterordens vom Heiligen Grab zu Jerusalem ernannt und durch Großprior Propst Maximilian Fürnsinn in den päpstlichen Laienorden investiert. Er engagierte sich in dieser Funktion für zahlreiche kirchliche und soziale Projekte im Jerusalemer Patriarchatsgebiet. 2004 wurde er Präsident der Österreichischen Gesellschaft vom Heiligen Land. Er unterstützte maßgeblich das Österreichische Hospiz in Jerusalem. 2012 wurde Ortner auch in die Bruderschaft von Santa Maria dell'Anima ("Animabruderschaft") aufgenommen. 2014 übergab er den Vorsitz bei der Heiligland-Gesellschaft an Georg Habsburg-Lothringen.

Unter den vielen Orden und Auszeichnungen, die Botschafter Ortner erhielt, sind das Ehrenamt Gentiluomo di Sua Santità (Ehrenkammerer des Papstes), das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

## P. Christoph Lentz neuer Provinzial der Pallottiner

**Der 49-Jährige folgt dem gebürtigen Mittersiller P. Scharler als Provinzial nach**

München (KAP) P. Christoph Lentz (49) wird neuer Provinzial der Herz-Jesu-Provinz der Pallottiner. Er löst damit den bisherigen Provinzial P. Helmut Scharler (65) ab. Der gebürtige Mittersiller, der das Amt neun Jahre ausfüllte, hört nun turnusgemäß auf. "Meine bisherigen Ämter habe ich mit viel Herzblut ausgeführt und werde darauf achten, dass sie gut weitergeführt werden",

versicherte P. Lentz in einem Bericht auf der Website der Ordensgemeinschaften. Vor dem Amt des Provinzials habe er den nötigen Respekt, sei aber bereit, diese Aufgabe mit Ruhe und Kraft anzugehen.

Der bisherige Rektor des Pallotti-Hauses im Deutschen Friedberg bei Augsburg und Regens des dort ansässigen Pastoraltheologischen

Instituts werde demnach gemeinsam mit den vier Provinzräten, die ebenfalls neu gewählt werden, am 2. Mai sein Amt antreten. Der bisherige Provinzial, P. Scharler, wünscht dem neuen Provinzial Kraft und Gottes Segen, um die großen Aufgaben, die vor ihm lägen, zu meistern. Er sei sicher, dass er die Pallottiner in eine gute Zukunft führen werde. "Ich werde mit einem weinenden und einem lachenden Auge gehen und versuchen, die neue Freiheit in meinem Leben gut auszufüllen", so P. Scharler.

Christoph Lentz wurde in Hannover geboren und wuchs Augsburg auf. Dort lernte er zunächst das Tischlerhandwerk. Nach seiner Lehre holte er das Abitur auf dem Spätberufenen-Seminar in Waldram (Wolfratshausen) nach. 1998 begann er Theologie in Augsburg zu studieren, 2005

trat er ins Noviziat bei den Pallottinern ein, 2010 folgte die ewige Profess und 2011 die Priesterweihe. Von 2016 bis 2020 war Pater Lentz selbst Novizenmeister. Danach wurde er Rektor des Pallotti-Hauses in Friedberg. Zudem war er seit 2016 Regens des Pastoraltheologischen Instituts, einer Ausbildungsstätte der Pallottiner für Ordensleute in Fragen der Seelsorge.

Die Pallottiner haben nach eigenen Angaben rund 2.500 Mitglieder in weltweit 300 Kommunitäten; benannt sind sie nach dem italienischen Priester Vinzenz Pallotti (1795-1850). In Friedberg befindet sich das Provinzialat der Herz-Jesu-Provinz der Pallottiner, die rund 250 Mitglieder in den "Stammgebieten" Deutschland und Österreich sowie den "Delegaturen" Spanien, Kroatien, Malawi, Nigeria und Südafrika umfasst.

## Stift Klosterneuburg unterstützt Caritas-Arbeit mit Sonderspende

**Besondere Würdigung der Freiwilligen in der Caritas-Arbeit - Insgesamt wird vom Stift jedes Jahr gut eine Million Euro für Hilfsprojekte aufgewendet**

Klosterneuburg (KAP) Das Stift Klosterneuburg unterstützt auch heuer wieder Sozialprojekte der Caritas. Zusätzlich zur jährlichen Spende, mit der u.a. Projekte wie das Caritas-Lerncafe oder Notwohnungen unterstützt werden, habe man sich aus Anlass des 100-Jahre-Jubiläums, das die Hilfsorganisation im vergangenen Jahr gefeiert hat, zu einer Sonderspende entschieden, wie das Stift in einer Aussendung mitteilte. Mit zusätzlichen 10.000 Euro wolle man heuer die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialbereich unterstützen und auch all jenen "Danke sagen", die sich im Rahmen der Caritas freiwillig engagieren.

Weiterhin unterstützen werde man das Projekt "Notwohnung". Dieses helfe "den Menschen wieder zurück in ein selbst gestaltetes Leben, wir unterstützen dies jährlich mit 12.000 Euro", so Andreas Gahleitner, Wirtschaftsdirektor des Stiftes Klosterneuburg. Trotz ausgezeichnetem Sozialsystem gelte es auch in der engsten Umgebung soziale und wirtschaftliche Not zu lindern. "Menschen, die plötzlich ohne Dach über dem Kopf buchstäblich auf der Straße stehen", das gehe schneller, als man sich vorstellen wolle, so Gahleitner.

Wohnungslosigkeit geschehe oft unverschuldet und die Gründe seien vielfältig. Damit Menschen, die in solch eine Notsituation geraten sind, geholfen wird, habe das Stift und die Stadt Klosterneuburg gemeinsam mit der Caritas vor

einigen Jahren das Projekt "Notwohnung" ins Leben gerufen. Es gehe um die rasche Hilfe für Einzelpersonen und Familien. "Denn eine Wohnung, ein Zuhause ist die Basis dafür, nicht den Mut zu verlieren und im Leben wieder Fuß fassen zu können", zeigte sich Gahleitner überzeugt.

### Bildung unterstützen

Auch die Caritas-Lerncafes wolle man weiterhin fördern, "damit auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien einen Schulabschluss schaffen", so Anton Höslinger, Augustiner-Chorherr des Stiftes. Die kostenlose Lern- und Nachmittagsbetreuung nutzen mittlerweile mehr als 2.000 Kinder in über 50 Lerncafes österreichweit. Hier erfahren Schulkinder Unterstützung, die keine oder zu wenig Hilfe von der Familie bekommen. Freiwillige helfen bei den Hausaufgaben, bei der Vorbereitung auf Tests und Schulaufgaben und üben den Lernstoff. "Durch diese vielseitige und individuelle Betreuung wird der Weg zum Pflichtschulabschluss gefördert", so Höslinger, dieses Projekt unterstütze das Stift deshalb weiterhin mit 10.000 Euro.

Das Stift Klosterneuburg hat sich vor rund 20 Jahren ein Sozialstatut verpasst, wonach jedes Jahr mindestens zehn Prozent des wirtschaftlichen Ertrages für soziale Zwecke aufgewendet werden müssen. So unterstützt das Stift neben der Caritas beispielsweise Concordia-Sozialpro-

jekte in Rumänien, Moldawien, Bulgarien und im Kosovo, die Kindernothilfe Österreich oder Wiens mobiles Kinderhospiz und Kinderpalliativteam

MOMO. Insgesamt werde jedes Jahr gut eine Million Euro für Hilfsprojekte aufgewendet.

(Infos: [www.stift-klosterneurg.at](http://www.stift-klosterneurg.at))

## Caritas Socialis zählt zu beliebtesten Arbeitgebern Österreichs

**Schwesterngemeinschaft: Auszeichnung ist Bestätigung, dass Pflege in den richtigen Rahmenbedingungen "zukunftssträchtig und sinnstiftend ist"**

Wien (KAP) Die Caritas Socialis (CS) ist zum vierten Mal in Folge mit dem Siegel "Beliebter Arbeitgeber" ausgezeichnet worden. Wie die Schwesterngemeinschaft in einer Aussendung mitteilte, sei man "besonders stolz" auf die Auszeichnung, die vom IMWF Institut für Management- und Wirtschaftsforschung und der Tageszeitung "Kurier" jährlich vergeben wird.

Mittels einer Studie wurden öffentliche Onlineinformationen über die 1.800 wichtigsten Arbeitgeber Österreichs eingeholt. Im Laufe der Studie wurde demnach beobachtet, was die CS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf öffentlichen Kanälen über die Caritas Socialis preisgeben. Im Zentrum der Fragestellungen des IMWF stand, ob die Mitarbeitenden die CS als attraktiven Arbeitgeber weiterempfehlen würden und welche Tonalität aus den Beiträgen zu erkennen ist.

Durch den Aufbau der Studie und das dadurch entstehende direkte Feedback der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehe man, dass die Pflege - in den richtigen Rahmenbedingungen

seitens des Arbeitgebers - ein Beruf ist, der zukunftssträchtig und sinnstiftend ist, zeigte sich die Schwesterngemeinschaft überzeugt. "Unsere internen Befragungen seitens des Qualitätsmanagements bringen hervor, dass bei unseren Mitarbeiter\*innen die Werte 'Menschlichkeit', 'Kompetenz' und 'Weiterentwicklung' im Zusammenhang mit der CS Caritas Socialis genannt werden", so CS-Geschäftsführer Robert Oberndorfer.

In der CS arbeiten derzeit 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 300 Ehrenamtliche, 150 Studierende und Praktikanten sowie knapp 50 Zivildienler. Die Caritas Socialis wurde 1919 von Hildegard Burjan (1883-1933) als geistliche Schwesterngemeinschaft mit dem Auftrag gegründet, soziale Not zu lindern. Heute setzt die CS drei Schwerpunkte: Betreuung und Pflege (Demenz), Hospizkultur (CS Hospiz Rennweg) und die Unterstützung und Begleitung von Familien und Kindern. Rechtlicher Träger der zahlreichen Einrichtungen ist die CS Caritas Socialis, die neben der Schwesterngemeinschaft besteht. (Infos: [www.cs.at](http://www.cs.at))

## Wien: Requiem für Helmut Jonas in der Augustinerkirche

**Bischof Schwarz leitet Trauergottesdienst für früheren Vorstandsvorsitzenden der Privatbank Schelhammer & Schattera und Förderer der Sakralmusik der Augustinerkirche**

Wien (KAP) Der St. Pöltner Bischof Alois Schwarz leitet am 5. März um 11 Uhr in der Wiener Augustinerkirche einen Trauergottesdienst für Helmut Jonas. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Privatbank Schelhammer Capital Bank und Förderer der Sakralmusik der Augustinerkirche starb am 11. Februar im 77. Lebensjahr.

Jonas gehörte von 1993 bis 2011 dem Vorstand der damals mehrheitlich in Ordensbesitz befindlichen Bank "Schelhammer & Schattera" an, ab 2005 als Vorsitzender. Die Privatbank wurde 2015 Teil der GRAWE-Bankengruppe und 2021 mit der Capital Bank zur "Schelhammer Capital Bank AG" fusioniert; davor erwarb sich

Jonas Verdienste um die Einhaltung einer strikten Wertephilosophie, mit der sich Wiens älteste Privatbank (gegründet 1832) erfolgreich als die Bank für ethische bzw. nachhaltige Geldanlageformen positionierte.

Die Leidenschaft des Verstorbenen, der ein Ermöglicher und Förderer zahlreicher kirchlicher Projekte war, galt auch der Sakralmusik, die in der Augustinerkirche immer wieder eine künstlerisch hochwertige Heimstatt findet. Helmut Jonas gehörte dem Förderkreis der Augustinerkirchenmusik an und war Präsident der Patenschaft St. Augustin.

## Jesuiten gründen Thinktank für sozial-ökologische Transformation

**Provinzial Bürgler: "Effizienz gesellschaftspolitischen Handelns steht in keinem angemessenen Verhältnis zur Geschwindigkeit weltweit zunehmender Katastrophen und dem Herannahen unumkehrbarer Kippunkte beim Klimawandel"**

München/Wien (KAP) Die Jesuiten in Zentraleuropa gründen ein sozial-ökologisches Zentrum (SÖZ). Die Einrichtung mit Standort Nürnberg soll als Denkfabrik, Bildungsstätte, Vernetzungsort für Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik sowie als Anlaufstelle für Aktivisten dienen, wie der Orden mitteilte. Die zentraleuropäische Jesuiten-Provinz umfasst die Länder Österreich, Deutschland, Lettland, Litauen, Schweden und die Schweiz.

Ziel sei, sich gemäß der inhaltlichen Ausrichtung des Jesuitenordens nicht nur für soziale, sondern auch konzentriert für ökologische Gerechtigkeit einzusetzen, erklärte Provinzial Bernhard Bürgler zur Errichtung des SÖZ: "Ein verstärktes Engagement ist erforderlich, denn die Geschwindigkeit und Effizienz gesellschaftspolitischen Handelns steht in keinem angemessenen Verhältnis zur Geschwindigkeit und Heftigkeit weltweit zunehmender Katastrophen und dem

Herannahen unumkehrbarer Kippunkte beim Klimawandel."

Für das neue Zentrum wird das ehemalige Noviziat in Nürnberg - die Hausgemeinschaft übersiedelt dieser Tage an den neuen Standort Innsbruck - in den kommenden Monaten umgebaut. Ein Kongress, erste Workshops, Beratungsangebote und konkrete Aktionen seien bereits in Planung, sagte der deutsche Jesuitenpater Jörg Alt, der mit seinem Mitbruder Klaus Vähröder das Konzept für das SÖZ entwickelt hat.

Der Mitteilung zufolge stehen arme Menschen, Jugendliche und Klimaaktivisten im In- und Ausland im Fokus. Außerdem will das neue Zentrum das jesuitische Netzwerk mobilisieren, etwa um Informationen über die Lage in armen Ländern einzuspeisen. Provinzial Bürgler fügte hinzu, bei alledem solle auch eine "Spiritualität für die Zeit der Krise" entwickelt werden, "die uns nicht verzweifeln lässt, sondern durch unseren Glauben an Jesus Christus Mut macht".

---

## A U S L A N D

---

### Malteser und Salesianer versorgen Flüchtlinge in der Ukraine

**Erste Hilfslieferungen der Malteser in der Westukraine angekommen - Kinderheim der Salesianer in Lemberg evakuiert**

Wien/Kiew (KAP) Neben der Caritas tragen zahlreiche kirchliche Organisationen zur Versorgung von Flüchtlingen in der Ukraine bei. So ist eine Hilfslieferung aus Deutschland mit Zelten, Feldbetten, Decken und Lebensmitteln des Malteser Hilfswerks in der Westukraine eingetroffen. "Trotz Kämpfen bleiben die Malteser-Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine und helfen den Menschen", betonte der "Malteser Hospitaldienst Austria" am 28. Februar in einer Aussendung. Auch die Salesianer Don Boscos in der Ukraine seien, wie die "Don Bosco Mission Austria" mitteilte, nach wie vor Ort im Einsatz und organisieren aus Polen kommende Hilfsgütertransporte.

"Unsere Malteser-Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine gehen wie so viele Menschen dort gerade psychisch und physisch an ihre Belastungsgrenze", betonte der Leiter der "Malteser International"-Nothilfe, Oliver Hochedez. "Die Malteserverbände in den ukrainischen Anrainerstaaten Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien haben ihre Mitarbeitenden bereits an die Grenzen entsandt und leisten dort Hilfe für die Vertriebenen. Sie verteilen Lebensmittel, Wasser und leisten medizinische Hilfe", so Malteser-Generalsekretär Clemens Graf von Mirbach-Harff. In den kommenden Tagen erwarte man Millionen Menschen, die vor diesem Krieg fliehen "und wir

Malteser werden dazu beizutragen, ihnen bestmöglich zur Seite zu stehen".

Die österreichischen Malteser werden dabei in erster Linie die slowakischen Malteser an der Grenze zur Ukraine mit Material und Personal unterstützen. Absprachen, wie dies am effizientesten geschehen kann, seien bereits angelaufen, teilten die Verantwortlichen mit. Die Malteser sind seit den 1990er Jahren in der Ukraine aktiv. In enger Zusammenarbeit leistet die Hilfsorganisation nach eigenen Angaben psychosoziale Unterstützung für Vertriebene und unterstützt Geflüchtete sowie arme, benachteiligte Menschen mit warmen Mahlzeiten in ihren Suppenküchen. Um dringende Spenden für die betroffenen Menschen in der Ukraine wird gebeten (IBAN: AT65 2011 1800 8087 0800, Kennwort: "Ukraine hilft")

### **Salesianer helfen in der Ukraine**

Auch die Salesianer Don Boscós in der Ukraine helfen den Not leidenden Menschen - etwa in den Städten Kiew, Lwiw (Lemberg), Schytomyr, Dnipropetrovsk, Novosilka, Odessa, Peremyslhany und Birka. "Wir organisieren unsere Schulen als Notunterkünfte und bereiten Schutzräume für den Fall von Bombardierungen vor, es fehlt aber an vielen Dingen wie Betten, Matratzen und Decken", berichtete der für die Ukraine zuständige Provinzial P. Mykhaylo Chaban am Wochenende der "Don Bosco Mission Austria". Die Wasserversorgung sei nicht ausreichend und man verteile Essen an die Hilfesuchenden.

Von ihrer polnischen Provinz Krakau aus organisieren die Salesianer Transporte mit Hilfsgütern in der Ukraine, "trotz der Gefahr angegriffen zu werden", schilderte P. Günter Mayer von der "Don Bosco Mission Austria". Die Salesianer Don Boscós sind seit 1992 in der Ukraine, ihre Aufgaben umfassen die Schul- und Berufsausbildung, Jugendzentren und Pfarren. Jetzt gehe es darum, den Menschen trotz des Krieges weiter beizustehen. Die "Don Bosco Mission Austria"

bittet deshalb dringend um Spenden (IBAN AT33 6000 0000 9001 3423, Kennwort: "Ukraine Hilfe")

### **Kinderheim in Lemberg evakuiert**

Unterdessen wurde am 28. Februar bekannt, dass das Kinderheim der Salesianer Don Boscós in Lwiw (Lemberg) in der Westukraine evakuiert worden ist. Nach Angaben von "Don Bosco Mission Austria" sowie der Hilfsorganisation "Jugend Eine Welt" konnten alle 57 Waisenkinder aus dem Heim in die benachbarte Slowakei in Sicherheit gebracht werden.

"Die Nacht auf Samstag haben wir mit den Kindern noch im Keller unseres Hauses verbracht, sie hatten große Angst vor den Flugzeugen, die über die Stadt geflogen sind", berichtete P. Chaban, der auch das "Don Bosco Familienhaus" in Lwiw leitet. Am Samstag wurden schließlich alle Kinder und Jugendliche aus dem Heim in einen mithilfe der ukrainischen Polizei organisierten Bus gebracht, der die Stadt Richtung Westen verließ. "Nach zweitägiger Reise sind wir nun sicher in der Slowakei angekommen", informierte P. Chaban, der den Transport begleitete, in der Nacht auf den 28. Februar. Die Kinder, die noch unter den Strapazen der Flucht leiden, werden jetzt in Einrichtungen des Don-Bosco-Netzwerkes entsprechend versorgt und betreut.

Die "Salesianer Don Boscós" und die "Don Bosco Schwestern" sind in einer Reihe von Großstädten in der Ukraine vertreten, etwa in Kiew, Lwiw, Zytomer, Dnipro und Odessa. "Unsere Partner in der Ukraine stellen ihre Einrichtungen Schutz suchenden Menschen in den jeweiligen Regionen zur Verfügung. So gut es geht, werden sie dort etwa auch mit Lebensmittel versorgt", betonte Reinhard Heiserer, "Geschäftsführer von Jugend Eine Welt". (Spendenkonto: AT66 3600 0000 0002 4000, Kennwort: "Ukrainehilfe", Online-Spenden: [www.jugendeinewelt.at](http://www.jugendeinewelt.at))

## **Caritas-Projektleiterin in Kiew: "Wie ein schlimmer Traum"**

**Menschen suchen nach russischem Angriff auf die Ukraine Zuflucht in Kirchen und U-Bahn-Stationen - Panik in Supermärkten und langen Staus an der Stadtausfahrt von Kiew Richtung Westen - Caritas-Spes besonders in Sorge um von Ordensfrauen betreute Waisenkinder**

Kiew (KAP) Die Ukraine ist vom Angriff Russlands völlig überrascht worden, denn weder die Politik noch die Bevölkerung haben damit gerechnet:

Das hat die Projektleiterin der römisch-katholischen Caritas-Spes Ukraine, Olena Noah, am Nachmittag des 24. Februars in einem Telefonat

mit der Nachrichtenagentur Kathpress geschildert. In Kiew seien viele Menschen in Panik, versuchten sich mit Lebensmitteln einzudecken oder die Stadt zu verlassen. "Niemand hat mit Krieg gerechnet, da wir bis zuletzt hofften, es wäre nur ein Spiel mit Drohgebärden. Nun ist alles wie ein schlimmer Traum, aus dem man endlich erwachen will", so die Caritas-Sprecherin.

Auch am Nachmittag des 24. Februars hätten in Kiew die Sirenen geheult und es gab Luftangriffe auf militärische Objekte. Die Leute würden in U-Bahn-Stationen, Luftschutzkellern und Kirchen in Deckung gehen. "Die U-Bahn fährt noch und ist heute für alle kostenlos", berichtete Noah. Soldaten bewachten die Brücken, welche die beiden Ufer des durch die Hauptstadt führenden Flusses Dnepr miteinander verbinden, manche von ihnen seien aus Sicherheitsgründen gesperrt. Alle zivile Flüge seien gestrichen, doch wolle im Moment jeder aus der Stadt gelangen. Deshalb gebe es an der Ausfahrt in Richtung Westen derzeit einen 100 Kilometer langen Stau. "Die Menschen stehen in ihren Autos schon vier, fünf Stunden ohne Weiterkommen", berichtete Noah.

Davon abgesehen, sei es in der ukrainischen Hauptstadt am ersten Tag des Angriffs außergewöhnlich ruhig gewesen, besonders an den sonst belebten Plätzen. Anders die Situation in den Supermärkten. "Jeder will noch Lebensmittel kaufen. Per Lautsprecher wird aufgerufen, nicht in Panik auszubrechen, doch das ist vergebens. Die Menschen empfinden großen Stress", berichtete Noah. Derzeit seien alle Waren verfügbar, man rechne jedoch allgemein damit, dass sich die Grundversorgung in den nächsten Tagen verschlechtern wird. Dramatische Szenen gebe es auch vor den Banken, wo Menschen in langen Schlangen stehen, um Bargeld zu beheben, sowie an den Tankstellen, wo die Nachfrage ebenfalls enorm sei.

Besonders die am meisten benachteiligten Gruppen stünden im Fokus der Caritas-Spes, darunter die alleinstehenden Älteren sowie die Waisenkinder, welche in den sogenannten

"Familienhäusern" der Hilfsorganisation untergebracht sind. Dabei handelt es sich um im ganzen Land verstreute, mit Unterstützung auch aus Österreich und Deutschland errichtete sozialpädagogische Einrichtungen, in denen Kinder in von Ordensfrauen geleiteten Gruppen leben. "Für diese Kinder sind wir direkt verantwortlich", erklärte Noah im Kathpress-Gespräch. Vor einer Woche noch hatten die Leiter der landesweiten Waisenhäuser-Einrichtungen eine Evakuierung nicht als notwendig erachtet. "Auch wir wurden von den Ereignissen überrascht", so die Caritas-Sprecherin.

Derzeit wird der Transport der Kinder in die Westukraine organisiert, wo die Caritas-Spes ein großes Ferienzentrum führt. Eine 50-köpfige Kindergruppe aus der weit im Osten gelegenen Stadt Mariupol habe hier bereits den Anfang gemacht. Da am Zielort in den Karpaten für insgesamt 700 Kinder Platz ist, werde man auch Kinder aus staatlichen Waisenhäusern aufnehmen, kündigte Noah an. Zur Versorgung kaufe die Caritas derzeit ebenfalls Lebensmittel und Decken, wofür man auf Spendengelder angewiesen sei.

Dass Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj dazu aufgerufen hat, die Ukraine "in vollem Gang" gegen den russischen Angriff zu verteidigen, sei von großen Teilen der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen worden, berichtete Noah. Viele hätten diesen Schritt nach der abwartenden Haltung der vergangenen Tage sehnlichst erwartet. Auch wenn es am ersten Tag neben den Berichten von den russischen Einschlägen auch jene vom Abschuss russischer Flugzeuge und eines Helikopters gab, sei es fraglich, was die Ukraine entgegensetzen könne. "Alle hoffen, dass der Krieg rasch wieder aufhört - auch wenn die nächsten Tage sicher noch schlimm werden", so die Caritas-Sprecherin.

*Kathpress-Schwerpunkt mit zahlreichen Meldungen zum Thema abrufbar unter [www.kathpress.at/ukraine-krise](http://www.kathpress.at/ukraine-krise)*

## Vatikan will Erbe von Ordensgemeinschaften sichten und bewahren

### Initiative soll u.a. Katalogisierung von Kulturgütern voranbringen

Vatikanstadt (KAP) Der Päpstliche Kulturrat und die Ordenskongregation wollen die Sichtung und Bewahrung des kulturellen Erbes von Ordensgemeinschaften fördern. Institute, Klöster und

Gesellschaften des apostolischen Lebens seien "Hüter eines sehr wichtigen Teils des Erbes der Kirche und der Menschheit", bekräftigte der Präfekt der Kongregation für die Institute geweihten

Lebens und für die Gesellschaften apostolischen Lebens, Kardinal Joao Braz de Aviz, bei einem Medientermin im Vatikan. Dieses Erbe bestehe aus Archiven, Büchern, künstlerischen und liturgischen Werken sowie Gebäuden.

Gerade angesichts der Überalterung von Ordensgemeinschaften und des fehlenden Nachwuchses gehe es einerseits um die Pflege des Erbes, aber auch um die Verwaltung oder nachhaltige Nutzung von stillgelegten Gebäuden, erklärte Braz de Aviz. Daher wollten der Rat und die Kongregation "Ressourcen bündeln", etwa, um mit vereinten Kräften die Katalogisierung und fotografische Dokumentation von Kulturgütern voranzubringen.

Eine Schwierigkeit, so Braz de Aviz, sei dabei die Aktivitäten zu koordinieren. Die einzelnen Institute und Klöster hätten im Gegensatz zu den Ortskirchen eine größere Autonomie. Daher solle

ein am 4. und 5. Mai stattfindender Internationaler Kongress unter dem Titel "Charisma und Kreativität. Katalogisierung, Verwaltung und innovative Projekte für das kulturelle Erbe der Gemeinschaften des geweihten Lebens" verschiedene Akteure zusammenbringen.

Der Leiter des Päpstlichen Kulturrats, Kardinal Gianfranco Ravasi, betonte, dass es nicht an Initiativen mangle, allerdings seien diese oft isoliert und nur einem begrenzten Kreis bekannt. Ravasi ging zudem auf die Altersstruktur der Ordensgemeinschaften ein. Ziel der Konferenz sei es auch, die "Last der Bewahrung zu einer Gelegenheit der Erneuerung" werden zu lassen. Die Katalogisierung sei hierbei die "primäre und unverzichtbare Maßnahme für die Kenntnis, die Quantifizierung, den Schutz und die Erhaltung von Kulturgütern in ihrer Komplexität".

## Papst stärkt einzelne Kompetenzen von Kirchenoberen vor Ort

### Neuer Erlass soll laut Franziskus auch "Bewusstsein für Kollegialität und pastorale Verantwortung" von Bischöfen, Bischofskonferenzen oder Ordensoberen fördern

Vatikanstadt (KAP) Mit Änderungen einzelner Vorschriften des Kirchenrechts will Papst Franziskus Zuständigkeiten von Ortsbischöfen und Ordensoberen stärken. Dazu veröffentlichte der Vatikan einen Erlass des Papstes. Er wolle damit "das Bewusstsein für Kollegialität und pastorale Verantwortung" von Bischöfen, Bischofskonferenzen oder Ordensoberen fördern, schreibt Franziskus. Zudem sollten Effektivität und Effizienz kirchlicher Regelungen verbessert werden.

Für einige Maßnahmen wie etwa die Veröffentlichung von Katechismen, die Errichtung diözesanübergreifender Seminare und Ausbildungsrichtlinien für Priester brauchen Bischöfe und Bischofskonferenzen keine Genehmigung (approvazione) des Heiligen Stuhls mehr. Künftig reiche eine Bestätigung (conferma), heißt es in dem auf Italienisch veröffentlichten Motu Proprio. Es ist der 49. derartige Erlass im bald neunjährigen Pontifikat von Papst Franziskus.

Bei einer Genehmigung kann nach Auskunft von Kirchenrechtlern der Heilige Stuhl unter Umständen noch Veränderungen im Text vornehmen. Bei einer bloßen Bestätigung ist dies nicht vorgesehen.

### Rechte von Orden gestärkt

Auch die Rechte von Orden werden gestärkt. So können die Entlassung eines Ordensmitglieds mit dauerhaften Gelübden oder eine vorübergehende Auszeit künftig vom höheren Ordensoberen allein entschieden werden - nach Rücksprache mit dem Ordensrat. Eine Zustimmung des Ortsbischofs ist nicht mehr nötig, ebenso wenig die des Vatikan.

Auch für Umgang und Regelung mit Messstipendien und frommen Stiftungen erhalten Diözesanbischöfe und Ordensoberer mehr Kompetenzen. In diesen Fragen müssen sie sich in weniger Fällen an Rom wenden.

### Mehr Eigenverantwortlichkeit

Die Veränderungen, die der Papst an elf Canones des kirchlichen Gesetzbuchs (CIC) vornimmt, entsprechen dem Anliegen, das er 2017 bei der Neuordnung zur Übersetzung von liturgischen Texten verfolgte. Wo möglich, sollen Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungsräume der Kirchenleitungen vor Ort gestärkt werden.

Die neuen Maßnahmen, so heißt es im Dekret, "spiegeln die gemeinsame und plurale Universalität der Kirche wider, die Unterschiede umfasst, ohne sie zu vereinheitlichen". Durch den



Bischof von Rom bleibe die Einheit gewährleistet. Gleichzeitig sollten "eine schnellere Wirksamkeit pastoraler Maßnahmen der lokalen Verwaltung" sowie "Nähe zu den Menschen und ihren Lebenssituationen" erleichtert werden.

(Wortlaut des Motu Proprio: [https://www.vatican.va/con-tent/francesco/it/motu\\_proprio/documents/20220211-motu-proprio-assegnare-alcune-compe-tenze.html](https://www.vatican.va/con-tent/francesco/it/motu_proprio/documents/20220211-motu-proprio-assegnare-alcune-compe-tenze.html))

## Vatikan-Konferenz zu Priestern beendet: Alle Getauften fordern

### Anlass der dreitägigen Konferenz war die Krise des katholischen Priesterbildes

Vatikanstadt (KAP) Mit einem Appell von Kurienkardinal Antonio Tagle zu mehr missionarischem Einsatz aller Christen ist ein internationales Symposium zum Priestertum zu Ende gegangen. Anlass der dreitägigen Veranstaltung war die Krise des katholischen Priesterbildes, maßgeblich verschärft durch den Missbrauch durch Priester, wie Kurienkardinal Marc Ouellet als Organisator eingangs erklärte.

Grundlegende Aussagen der Referenten bezogen sich auf den Auftrag aller getauften Christen, den Glauben zu leben und weiterzugeben. Zugleich wurde ein ausgewogeneres Verhältnis und mehr Zusammenarbeit von Klerikern, Ordensleuten und Laien gefordert. Dies müsse aber entsprechend der jeweiligen Berufung und Charismen geschehen.

Die öffentlich debattierten Fragen des Zölibats sowie einer Priesterweihe für Frauen kamen ebenfalls zur Sprache. Dabei sprach sich die italienische Dogmatikprofessorin Michelina gegen eine Priesterweihe für Frauen aus. Dies sei "keine angemessene Weise, ihre Würde anzuerkennen". Dienste in der Kirche seien "kein Recht, sondern eine Pflicht", wies sie "ideologische, ergo feministische Denkansätze" zurück.

Auch einen antiken Diakonat von Frauen wiederherzustellen, sei zu wenig. "Es muss mehr geschehen", forderte Tenace, die einer ersten von Papst Franziskus eingesetzten Kommission zu diesem Thema angehörte. Vielmehr brauche es neue Formen, damit die Rede vom allgemeinen Priestertum aller Getauften nicht abstrakt bleibt.

Die Ordensfrau und leitende Kurienmitarbeiterin Alessandra Smerilli kritisierte, dass "in der Kirche noch zu wenige Frauen an verantwortlichen Positionen sind". Das wichtigere Problem sei aber, wie die Kirche ihren Dienst für die Menschen besser erfüllen könne. Es müsse vor allem darum gehen.

Als ein Beispiel für wesentlichere Herausforderungen beschrieb die italienische Katholikin und Streetworkerin Chiara Arimante. Die von ihr gegründete Gemeinschaft "Nuove orizzonte" (Neue Horizonte) kümmert sich vor allem um Jugendliche und Migranten auf der Straße und in anderen Schwierigkeiten. Angesichts eines solchen "Hungers nach Liebe", müssten Katholiken den Dualismus von Klerikern und Laien und die in Jahrhunderten entstandene Hierarchiepyramide überwinden. Stattdessen, so Amirante, gelte es, auf der gemeinsamen Grundlage der Taufe das allgemeine "christliche Priestertum" wiederzuentdecken.

Der spanische Theologe Emilio Justo verteidigte den verpflichtenden Zölibat für Priester in der römischen Kirche. Im ersten Jahrtausend habe es auch im Westen teilweise verheiratete Priester gegeben, die aber gehalten waren, auch in der Ehe enthalten zu leben. Von daher sei es durchaus denkbar, vereinzelt wieder ältere verheiratete Männer, in deren Familie die Kindererziehung abgeschlossen sei, zu Priestern zu weihen. Gleichzeitig verteidigte er den Zölibat als "eine andere Art zu lieben und geliebt zu werden" - als "Liebe zur Kirche und zu den Menschen der Gemeinde".

Kardinal Kurt Koch wies darauf hin, gerade beim kirchlichen Amt seien die christlichen Kirchen noch am weitesten voneinander entfernt. Die Frage nach einer Weihe von Frauen sei die wohl schwierigste. Während katholische und orthodoxe Kirchen sich einig seien beim Ausschluss von Frauen vom Weiheamt, werfen ihnen evangelische Kirchen in dem Punkt ein Defizit im Kirchenverständnis vor, so der Präsident des Päpstlichen Ökumenerates.

Mit einem persönlich gehaltenen Statement hatte Papst Franziskus zu Beginn des Symposiums Priestern geraten, in ihrem Leben offene und vertrauensvolle Nähe zu wahren und zu

pflegen. Dies gelte im Verhältnis zu Gott, zu ihrem Bischof, zu anderen Priestern und zu den Menschen in ihrer Gemeinde. Nur in derartigen

Gemeinschaften sei der Zölibat zu leben und lasse sich Klerikalismus entgegenwirken.

## Malteserorden legt Papst Reformvorschläge vor

### Ordensvertreter um Papst-Delegat Tomasi von Franziskus in Audienz empfangen - Kardinal wies zuletzt Befürchtungen zurück, der Vatikan wolle die Souveränität des Ordens beschneiden

Vatikanstadt (KAP) Der päpstliche Delegierte für den Malteserorden, Kardinal Silvano Tomasi, hat Papst Franziskus seine Reformvorschläge für den Orden unterbreitet. Das berichtete das Portal "Vatican News" unter Berufung auf eine Erklärung Tomasis. Dieser war gemeinsam mit anderen Ordensvertretern vom Papst in Audienz empfangen worden.

"Wir haben ihm erklärt, wie die anstehende Reform den Orden als Laienorden erhält und besser gestaltet", zitierte "Vatican News" aus Tomasis Erklärung. Ziel sei es, das karitative, diplomatische und humanitäre Wirken zum Wohle der Kranken und im Dienst der Kirche fortzusetzen. Der Heilige Vater sei über die Vorschläge erfreut gewesen. Es sei eine weitere Audienz geplant. Am Ende werde der Papst über die Reform entscheiden, so Tomasi.

Der Kardinal hatte jüngst Befürchtungen zurückgewiesen, der Vatikan wolle die Souveränität des Ordens beschneiden. Zuvor hatte offenbar der Großkanzler Albrecht von Boeselager die Reformideen kritisiert.

#### Reform nach Verfassungskrise

Der aktuelle Reformprozess im Orden geht zurück auf eine Verfassungskrise, die unter Leitung des verstorbenen Fra' Matthew Festing (1949-2021) stattfand, dem ehemaligen Großmeister des Ordens. Dieser trat im Jänner 2017 nach einer

öffentlichen Auseinandersetzung mit Papst Franziskus, der Reformen anordnete, von seinem Amt zurück.

Der Tod von Festings Nachfolger, Fra' Giacomo Dalla Torre im April 2020, die Corona-Pandemie sowie die Absetzung des ehemaligen Delegierten des Ordens, Kardinal Angelo Becciu, verzögerten die Reform erheblich. Im vergangenen Oktober übertrug Franziskus seinem neuen Delegaten, Kardinal Tomasi, die faktische Kontrolle über die Leitung des Ordens. Die Befugnis, "alle internen Konflikte zu lösen" und die Wahl eines neuen Großmeisters einzuberufen, galt etlichen Ordensrittern als bisher beispielloser Eingriff.

#### Eigenes Völkerrechtssubjekt

Der Malteserorden steht in der Tradition des "Ritterordens vom Hospital des heiligen Johannes zu Jerusalem", des im 11. Jahrhundert gegründeten weltweit ersten christlichen Krankenpflegeordens. Nach der Reformation spaltete sich die Gemeinschaft auf in die katholischen Malteser und die evangelischen Johanniter.

Der dem Heiligen Stuhl unterstellte Orden ist politisch ein eigenes Völkerrechtssubjekt und unterhält zu 110 Staaten diplomatische Beziehungen. Ihm gehören nach eigenen Angaben 13.500 männliche und weibliche Ordensmitglieder sowie rund 120.000 ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter an.

## Papst-Erlass zur "Alten Messe" gilt nicht für Petrusbruderschaft

### Im Vorjahr hatte Franziskus die nach dem Zweiten Vatikanum etablierte "ordentliche Form" der Messe als "einzige Ausdrucksweise" des Römischen Messritus festgelegt - Für die Priesterbruderschaft St. Petrus gibt es eine Ausnahme

Fribourg/Rom (KAP) Die katholische Petrusbruderschaft ist nach eigener Aussage von der jüngsten Einschränkung des Papstes zur Feier der sogenannten "Alten Messe" nicht betroffen. Dies habe Franziskus ihnen selbst gesagt, heißt es in einer am 21. Februar veröffentlichten Erklärung

der Gemeinschaft. Der Erlass "Traditionis custodes" vom Juli 2021 betreffe nicht die Bruderschaft. Dort sei der Gebrauch der alten liturgischen Bücher Ursprung ihrer Existenz und in deren Konstitutionen vorgesehen.

Den Angaben zufolge hatte Franziskus am 4. Februar zwei Mitglieder der Gemeinschaft, den Oberen der Gemeinschaft in Frankreich, Benoit Paul-Joseph, sowie den Rektor des Seminars der Petrusbruderschaft im deutschen Wigratzbad, Vincent Ribeton, empfangen. Zudem habe der Papst mit einem nachträglichen Dekret vom 11. Februar "den Mitgliedern der Bruderschaft das Recht zugesichert, die 1962 geltenden liturgischen Bücher zu verwenden, nämlich das Missale, das Rituale, das Pontifikale und das Römische Brevier". Laut dem von der Priesterbruderschaft veröffentlichten Text des Dekrets gilt dies für alle Kirchen und Oratorien der Petrusbruderschaft; außerhalb ist die Zustimmung des jeweiligen Ortsbischofs erforderlich.

Bei dem knapp einstündigen Treffen habe sich der Papst "beeindruckt gezeigt" von dem Ansatz der Gründer, von ihrem Wunsch, dem Papst treu zu bleiben, und von ihrem Vertrauen in die Kirche. Laut Franziskus solle dies "bewahrt, geschützt und gefördert" werden, so die Mitteilung.

Die katholische Priesterbruderschaft St. Petrus (FSSP) wurde 1988 auf Initiative von Papst

Johannes Paul II. (1978-2005) gegründet. Sie war eine Reaktion auf das damals durch den traditionalistischen Erzbischof Marcel Lefebvre herbeigeführte Schisma mit der katholischen Kirche und sollte Gläubigen, die vor allem mit der Messe im außerordentlichen Ritus verbunden sind, eine Heimat bieten und sie in die katholische Kirche integrieren. Die Petrusbruderschaft steht im Unterschied zu lefebvreanischen Piusbruderschaft in voller Einheit mit der katholischen Kirche.

Mit dem Erlass "Traditionis custodes" (Die Wächter der Tradition) hatte Papst Franziskus im vergangenen Juli die in der Liturgieform nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) etablierte "ordentliche Form" der Messe als "einzige Ausdrucksweise" des Römischen Messritus festgelegt. Die zuletzt in größerem Umfang erlaubte außerordentliche Form von 1962 in lateinischer Sprache und mit dem Rücken zum Kirchenvolk darf demnach nur noch in Ausnahmefällen unter besonderen Voraussetzungen gefeiert werden.

## Kardinalsversammlung zur Heiligsprechung von Nazigegner Brandsma

### Papst schließt am 4. März auch Heiligsprechungsverfahren zweier Ordensgründerinnen ab

Vatikanstadt (KAP) Papst Franziskus wird bei einer Kardinalsversammlung am 4. März drei Heiligsprechungsverfahren zum Abschluss bringen. Nach Vatikan-Angaben handelt es sich um die Verfahren für den niederländischen Nazi-Gegner und Ordensmann Titus Brandsma (1881-1942), die Gründerin der Kongregation der Schwestern von der Darstellung Mariens, die Französin Marie Rivier (1768-1838), sowie die italienische Gründerin der Kongregation der Kapuzinerinnen der Unbefleckten Empfängnis von Lourdes, Maria von Jesus Santocanale (1852-1923).

Alle drei waren von der Kirche bereits offiziell zu Seligen erklärt worden. Nach den geltenden Normen beruft der Papst als letzte Instanz vor einer Heiligsprechung noch ein Kardinals-Konsistorium ein, um den breiten Konsens der Kirche für diese Ehrung deutlich zu machen.

Der in den Niederlanden als Anno Sjoerd Brandsma geborene Karmelit gehörte zu den frühen und kompromisslosen Nazi-Gegnern. Weil

ihn das Regime als "Feind der nationalsozialistischen Sache" betrachtete, landete er im Gefängnis und später im Konzentrationslager Dachau. Am 26. Juli 1942 wurde er dort auf Geheiß des Lagerarztes per Injektion ermordet, offiziell starb er an einem Darmkatarrh.

Brandsma blieb nach seiner Priesterweihe der Wissenschaft treu und war unter anderem Gründungsrektor und Präsident der Katholischen Universität Nimwegen. Darüber hinaus war er als Journalist aktiv. 1935 wurde er geistlicher Beirat des Katholischen Journalistenverbandes.

Seit Mitte der 1950er Jahre hatten die niederländischen Karmeliten die Seligsprechung Brandsmas betrieben. Auch die Krankenschwester, die ihm die tödliche Spritze gesetzt hatte, sagte aus und bezeugte, dass er ihr und den anderen Wachen verziehen habe. Im November 1985 sprach Papst Johannes Paul II. Brandsma selig.

## Kardinal Hollerich zu Ad-limina-Besuch beim Papst

### Erzbischof von Luxemburg mit seinem Weihbischof Wegener zu Gast im Vatikan

Vatikanstadt (KAP) Der Luxemburger Erzbischof, Kardinal Jean-Claude Hollerich, und sein Weihbischof Leon Wegener sind von Papst Franziskus empfangen worden. Anlass der Begegnung war laut Vatikanangaben der kirchenrechtlich vorgeordnete regelmäßige Ad-limina-Besuch der Bischöfe des Landes. Über Details des Gesprächs gab es zunächst keine Informationen.

Der Jesuit Hollerich war 2011 von Benedikt XVI. zum Luxemburger Erzbischof ernannt worden; Franziskus machte ihn 2019 zum Kardinal. Im selben Jahr wurde Wegener zum Weihbischof in Luxemburg ernannt. Seit Herbst treffen im Vatikan nach den Reisebeschränkungen der Pandemie wieder Bischöfen zu ihren Ad-limina-

Besuchen ein. Einige Bischofskonferenzen wie die Österreichische und die Belgische haben ihre Besuche jedoch verschoben.

Während ihres Ad-limina-Besuchs sprechen Hollerich und Wegener auch mit Mitarbeitern verschiedener Kurienbehörden und informieren über die Lage in Erzdiözese und Großherzogtum. Kardinal Hollerich, zusätzlich Vorsitzender der EU-Bischöfskommission COMECE, ist auch sogenannter Generalrelator der Weltsynode, die seit Oktober bis zum Herbst 2023 stattfindet. Er hat damit eine Schlüsselaufgabe für die Moderation und Vorbereitung von Arbeitspapieren der Bischofsversammlung im Oktober 2023 im Vatikan.

## Mertes: Kirchliche Missbrauchsaufarbeitung im Ansatz falsch

### Jesuitenpater zeigt sich skeptisch über kirchliche Bemühungen in Deutschland und verweist auf österreichische Klasnic-Kommission als Positiv-Beispiel

Frankfurt (KAP) Der Jesuit Klaus Mertes sieht weiter grundlegende Fehler bei der Missbrauchsaufarbeitung in der katholischen Kirche. "Die Kirche inszeniert sich als Aufklärerin, aber aus institutionsnarzisstischem Interesse", sagte der Ordensmann der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Auch bei Papst Franziskus erkenne er die "drängende Sehnsucht, eine Solidarität mit den Opfern zu konstruieren". Dabei gebe es darauf überhaupt kein Anrecht. "Das ist eine Verkennerung der kirchlichen Rolle. Die Opfer wollen das nicht", so Mertes. Der Schmerz der Aufklärung dürfe nicht mit dem Schmerz der Opfer verwechselt werden.

Der Jesuitenpater kritisierte zudem die jüngste Erklärung des emeritierten Papstes Benedikt XVI. zum Umgang mit Missbrauchsfällen in dessen früheren Erzbistum München-Freising. Darin äußerte das ehemalige Kirchenoberhaupt unter anderem "tiefe Scham", "großen Schmerz" und eine "aufrichtige Bitte um Entschuldigung gegenüber allen Opfern sexuellen Missbrauchs".

Das sei "viel zu wenig", so Mertes. Er sehe weiterhin "systemische Zusammenhänge des Nichtverstehens". Die Kirche müsse sich dazu bekennen, "auf die Täterseite zu gehören", forderte

der 67-Jährige. Es gebe Verstrickungen, in denen man auch ohne persönliche Schuld mitwirke an Gewalt und Vertuschung.

Die entscheidende Frage bleibt aus Sicht des Jesuiten unbeantwortet: "Wie kann Missbrauch so lange stattfinden, ohne dass es jemandem auffällt oder jemand darüber spricht?" Die "große Zukunftsaufgabe" bestehe darin, die "Grammatik der Gewalt" zu durchschauen und Missstände öffentlich anzusprechen.

Eine überzeugende Aufklärungsarbeit traue Mertes der Kirche selbst nicht zu. Bisherige Anstrengungen hätten sich als unzureichend erwiesen. Um eine "unabhängige Person von hohem öffentlichen Ansehen" mit der Gründung einer Kommission zu beauftragen, wie dies etwa in Österreich gemacht wurde, sei es "vermutlich zu spät."

Ausführlich äußerte sich der Jesuit in dem Interview auch zur katholischen Sexualmoral, die zu sehr auf den Geschlechtsakt fixiert sei, und zum Priesterzölibat. Er sprach sich dafür aus, die Ehelosigkeit für künftige Priester freizustellen, weil die Entwicklung der letzten Jahrzehnte oder Jahrhunderte "einen solchen Schatten über die zölibatäre Lebensform gelegt hat, dass man kaum noch glaubwürdig vom Konzept einer religiös

motivierten Enthaltbarkeit sprechen kann, selbst dann, wenn sie gelingt".

Mertes trug als damaliger Leiter des Canisius-Kollegs in Berlin wesentlich dazu bei, dass der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche 2010 öffentlich wurde. Für sein Engagement wurde er 2021 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Rückblickend auf seine damalige Enthüllung sagte Mertes in dem Interview: "Am Ende hatten alle begriffen: Wenn man sexualisierte Gewalt aufklären will, muss man bereit sein, den Preis der Stigmatisierung der Institution zu bezahlen." Bevor er den Skandal 2010 öffentlich machte, habe es ein Schweigen in der Kirche und in der Gesellschaft zu diesem Problem gegeben, man habe es weggeschoben und ausgelagert.

## Oberstes bayerisches Gericht bestätigt Kirchenasyl-Freispruch

### Münsterschwarzacher Benediktiner hatte abgelehnten Asylbewerber, dem die Abschiebung drohte, in seinem Kloster aufgenommen

München (KAP) Erstmals in Deutschland gibt es ein letztinstanzliches Urteil zur Strafbarkeit von Kirchenasyl. Das Bayerische Oberste Landesgericht (BayOLG) bestätigte in Bamberg den Freispruch eines Ordensmanns und verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft. Gegen die Entscheidung können keine Rechtsmittel mehr eingelegt werden.

Der Münsterschwarzacher Benediktiner Abraham Sauer hatte in seinem Kloster einen abgelehnten Asylbewerber aus dem Gaza-Streifen aufgenommen, dem die Abschiebung nach Rumänien drohte. Das Amtsgericht Kitzingen erkannte in seinem Handeln zwar eine Straftat, sah ihn aber durch einen Gewissenskonflikt entschuldigt und sprach ihn in erster Instanz frei. Die Staatsanwaltschaft ging in der Folge in Revision.

Das BayOLG bestätigte nun zwar die Entscheidung der ersten Instanz im Ergebnis, nicht aber in der Begründung. Entscheidend sei vielmehr gewesen, dass der Ordensmann sich strikt an die Vereinbarung zwischen Staat und Kirchen

in Deutschland zum Umgang mit Kirchenasylen von 2015 gehalten habe. Außerdem gebe es keine Pflicht für die Aufnehmenden, ein Kirchenasyl aktiv zu beenden, selbst wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) die erneute Prüfung des Falls ablehnend beschieden habe.

Von der Entscheidung sind Auswirkungen auf Strafverfahren gegen mehrere andere Ordensleute in Bayern wegen der Gewährung von Kirchenasyl zu erwarten.

Beim sogenannten Kirchenasyl nehmen Gemeinden oder Ordensgemeinschaften vorübergehend Asylbewerber auf, um eine Abschiebung abzuwenden, weil diese für den Flüchtling eine Bedrohung an Leib und Leben darstellt. Wie in Österreich, so ist Kirchenasyl auch in Deutschland jedoch nicht rechtlich anerkannt. Behörden und deutsche Kirchen einigten sich aber einigen Jahren auf eine neue Form der Zusammenarbeit bei Fällen von Kirchenasyl. Diese Praxis ist allerdings zunehmend umstritten.

## Tschechien: Bischof Lobkowicz im 75. Lebensjahr gestorben

### War erster Bischof der 1996 errichteten Diözese Ostrau-Troppau

Prag (KAP) Der tschechische Bischof Frantisek Vaclav Lobkowicz ist im 75. Lebensjahr gestorben. Nach Angaben des Sprechers der Diözese Ostrava-Opava starb Lobkowicz nach langer Krankheit im Städtischen Spital seiner Bischofsstadt, in das er kurz zuvor eingeliefert worden war. Er war der erste Bischof der 1996 errichteten Diözese Ostrau-Troppau.

Lobkowicz hatte sich in den vergangenen Monaten aus der Öffentlichkeit weitgehend

zurückgezogen und war auf einen Rollstuhl angewiesen. Schon 2016 hatte er sich einer schweren Operation unterziehen müssen, nahm aber nach der Genesung seinen Dienst als Bischof wieder auf. Im Jahr danach wurde Lobkowicz der damalige Generalvikar Martin David als Weihbischof zur Seite gestellt; seit Juni 2020 amtierte dieser auch als vom Papst ernannter "Apostolischer Administrator sede plena ad nutum Sanctae Sedis", der über alle Rechte, Vollmachten und Verpflich-

tungen des Diözesanbischofs verfügte, jedoch bei aufrechter Leitung der Diözese durch den Ordinarius.

### **Prämonstratenser aus Pilsen**

Frantisek Lobkowicz stammte aus Pilsen, wo er am 5. Jänner 1948 als eines von fünf Kindern des Fürsten Jaroslav Claude Lobkowicz und der Gabriela, geborener Korff-Schmising-Kerssenbrock geboren wurde. Sein jüngerer Bruder Filip Zdenek ist Abt des Prämonstratenserklosters Tepl (Tepla) bei Marienbad. Auch der nun verstorbene Bischof gehörte dem Orden an, in dem er 1972 geheim die Ewigen Gelübde ablegte.

Theologie studierte Lobkowicz in Leitmeritz (Litomerice) und während des Tauwetters des Prager Frühlings 1968/69 in Innsbruck. Zum Priester weihte ihn der damalige Prager Administrator und spätere Erzbischof und Kardinal Frantisek Tomasek am 15. August 1972 in Prag. Im Anschluss daran leistete er bis 1974 den Präsenzdienst. Sein Priesteramt konnte er nur fern seiner Heimat in drei Pfarren im äußersten Osten Tschechiens, in Frydek, Jablunkov und seit 1984 als Pfarrer in Ostrava-Marianske Hory, ausüben.

### **Bischofsweihe 1990 in Prag**

Papst Johannes Paul II. (1978-2005) ernannte Lobkowicz am 17. März 1990 zum Titularbischof von Catabum Castra und zum Weihbischof in der

Erzdiözese Prag. Die Bischofsweihe empfing er am 7. April 1990 in Prag, wo er bis zum Jahr 1996 wirkte. Nach Errichtung der Ostrau-Troppauer Diözese, einer Suffragandiözese der Olmützer Kirchenprovinz, wurde er am 30. Mai 1996 zu deren erstem Ordinarius ernannt.

Die Aufgaben des Bischofs in der neu errichteten Diözese reichten von der Einrichtung der diözesanen Kurie, der Bildung eines Teams von Mitarbeitern, der Gründung von Seelsorgezentren bis zur Errichtung eines Bischofshauses am Ostrauer Kirchenplatz. Die Diözese Ostrava-Opava umfasst zur Gänze das einstige Kronland Österreichisch-Schlesien mit dessen Hauptstadt Troppau sowie einen Teil des Olmützer Kreises. Die Bevölkerung des heutigen Mährisch-Schlesischen Kreises mit seiner Hauptstadt Ostrau ist in den Industriegebieten kirchenfern und wirtschaftlich mit großen Problemen konfrontiert.

Seit 1990 war Lobkowicz auch Ehrenkaplan des böhmischen Großpriorats des Souveränen Malteser-Ritter-Ordens, von 1992 bis 2001 Apostolischer Delegat des Kreuzherrenordens mit dem Roten Stern sowie seit 2005 Geistlicher Großprior des Böhmisches Großpriorats des Militärischen und Hospitalischen Ordens des Heiligen Lazarus von Jerusalem. In der Tschechischen Bischofskonferenz war Lobkowicz Mitglied von deren Ständigem Rat sowie Mitglied der Kommission für das katholische Schulwesen.

## **Anklage gegen El Salvadors Expräsidenten wegen Jesuiten-Massaker**

### **Generalstaatsanwaltschaft zur Anklage gegen zwölf Personen: Zeit des Schutzes und fehlender juristischer Aufarbeitung nun vorbei**

San Salvador (KAP) In El Salvador ist gegen den ehemaligen Präsidenten Alfredo Cristiani Burkard (1989-1994) sowie zwölf weitere Personen Anklage wegen der Beteiligung an der Ermordung von sechs Jesuiten im November 1989 erhoben worden. Das teilte die Generalstaatsanwaltschaft laut einem Bericht von CNN mit. Generalstaatsanwalt Rodolfo Delgado erklärte demnach laut Twitter mit Blick auf die mutmaßlichen Hintermänner: "Seit Jahren waren sie geschützt und stellten sich nicht der Justiz. Das ist jetzt vorbei." In einem Interview 2017 bestritt der Ex-Präsident Vorwürfe, in den Mord verwickelt gewesen zu sein.

Am 16. November 1989 hatte eine Todeschwadron der salvadorianischen Streitkräfte im Morgengrauen das Gelände der Zentralameri-

kanischen Universität in San Salvador gestürmt, die unter der Trägerschaft des Jesuitenordens steht. Die Soldaten erschossen fünf spanische sowie einen einheimischen Jesuiten. Auch die Haushälterin und deren damals 15 Jahre alte Tochter wurden getötet, um keine Zeugen zurückzulassen. Die Geistlichen, vor allem Wortführer und Universitäts-Rektor Pater Ignacio Ellacuria, hatten die Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes kritisiert.

Erst im Jänner hatte die Justiz in El Salvador angekündigt, den Fall der vor 32 Jahren ermordeten sechs Jesuiten wieder aufzunehmen. Damit wiederum wurde eine gerichtliche Entscheidung vom September 2020 hinfällig, die den Fall abschließen sollte. Die damalige Entscheidung verletzte fundamentale Rechte der Opfer,

deren Familien und der Gesellschaft, heißt es in der Begründung für die Wiederaufnahme des Falles.

2021 bestätigte das ebenfalls involvierte Oberste Gericht in Spanien die Haftstrafe von 133 Jahren gegen den tatbeteiligten Ex-Militär Inocente Montano. Der ehemalige Oberst und Vize-Minister für öffentliche Sicherheit soll für die Bluttat mitverantwortlich gewesen sein.

Unterdessen ist ein mutmaßlich in das Massaker verwickelter Ex-Militär gestorben. Der ehemalige Oberst Francisco Elena Fuentes starb an den Folgen eines vor drei Monaten erlittenen Schlaganfalls, wie "La Prensa Grafica" im Jänner unter Berufung auf dessen Anwalt berichtete. Laut Bericht der Wahrheitskommission von 1992 soll er zu jenen Militärs gehören, die den Befehl gaben, die Jesuiten zu töten und keine Zeugen zu hinterlassen.

## USA: Haitianisch-stämmiger Priester wird Bischof von Charleston

**Jacques E. Fabre ist künftig einer von sieben schwarzen katholischen Bischöfen in den Vereinigten Staaten und der erste schwarze Bischof in der Geschichte der Diözese Charleston**

Washington (KAP) Als "Geschenk für die Kirche" hat der US-amerikanische Erzbischof Thomas Wenski die Ernennung von Jacques E. Fabre zum Bischof der Diözese Charleston durch Papst Franziskus begrüßt. Fabre ist der zweite haitianisch-amerikanische Bischof und der Erste, der eine Diözese leitet - ein Mann, "der den Armen nahe steht", wie Wenski dies kommentierte. Fabre ist künftig einer von sieben schwarzen katholischen Bischöfen in den USA und der erste schwarze Bischof in der Geschichte der Diözese Charleston.

Das amerikanische Lebensgefühl sei immer auf die Zukunft ausgerichtet, "aber wir in Haiti denken an heute", sagte der 66-jährige Fabre, ein Mitglied des Skalabriner-Ordens, in einer ersten Reaktion nach seiner Ernennung. Er wolle mithelfen, eine stärkere Kirche und Gesellschaft

aufzubauen, in der jeder seine unterschiedlichen Gaben einbringen könne.

Die von Armut geprägte haitianische Nation werde in den USA mit einer "gewissen Gleichgültigkeit" beobachtet, erklärte Pater Reginald Jean-Mary von der katholischen Mission Notre-Dame d'Haiti in der Erzdiözese Miami. Deswegen stehe die Ernennung Fabres durch Franziskus für ein "Gefühl der Hoffnung."

Der in Haiti geborene Bischof wanderte als Schüler nach New York aus. Er studierte später an der St. Johns University in Queens, in Toronto und Chicago. An der päpstlichen Hochschule Urbaniana in Rom erwarb er seinen Master-Abschluss. Seine Priesterweihe erhielt er 1986.

## Bekannte Jesuitenzeitung widmet Regisseur Pasolini Sonderausgabe

**Monografie zum 100. Geburtstag enthält Texte über Werk des 1975 ermordeten Künstlers**

Rom (KAP) Die bekannte Jesuitenzeitschrift "Civiltà Cattolica" widmet dem 1975 ermordeten Regisseur und Autor Pier Paolo Pasolini zu dessen 100. Geburtstag eine Sonderausgabe. Die Monografie enthalte Texte über das Werk des italienischen Künstlers in chronologischer Reihenfolge sowie Rezensionen zahlreicher Bücher über Pasolini, heißt es auf der Internetseite der Zeitschrift.

Pasolini kam am 5. März 1922 in Bologna auf die Welt. Prägend waren für ihn die Aufenthalte bei seinen Großeltern im Friaul. In dem kleinen Ort Casarsa della Delizia verbrachte der junge Pasolini die Kriegsjahre. Dort entdeckte er

nach eigenen Angaben auch seine Homosexualität und zugleich seine Nähe zu politisch linken Ideen und dem Kommunismus. Berühmt ist unter anderen sein Film "Das 1. Evangelium - Matthäus" (1964). Am 2. November 1975 wurde Pasolini am Strand von Ostia ermordet. Die Umstände seines Todes wurden nie aufgeklärt.

Die Zeitung "Civiltà Cattolica" entstand auf Wunsch von Pius IX. (1846-1878). Jesuiten gründeten das Medium am 6. April 1850 im süditalienischen Neapel. Der heutige Sitz der Redaktion befindet sich in Rom. Seit 2013 ist auch eine digitale Ausgabe erhältlich. Zuletzt gab es die monatlich erscheinende Zeitschrift neben Italienisch

auch auf Englisch, Spanisch, Französisch, Chinesisch, Japanisch, Koreanisch und Russisch.

Im Pontifikat von Papst Franziskus, der selbst dem Jesuitenorden angehört, gewann

"Civiltà Cattolica" an Bedeutung. Der Chef der Zeitschrift, der Jesuit Antonio Spadaro, ist als enger Vertrauter von Franziskus bekannt.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Michaela Greil, Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitschaeibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: <a href="mailto:redaktion@kathpress.at">redaktion@kathpress.at</a> E-Mail an die Verwaltung: <a href="mailto:buero@kathpress.at">buero@kathpress.at</a> Internet: <a href="http://www.kathpress.at">www.kathpress.at</a> Bankverbindung: Schelhammer&amp;Schattera Kto.Nr. 10.2343   BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	